1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 42 vom 19. Oktober 1984 18. Jahrgang 1 DM

Diese Woche



Abschlußbericht zum „Marsch gegen Ausländer-feindlichkeit und Rassismus“ Seiten 6 und 7

Entscheidungsfreudig

Eine wahrhaft entscheidungsfreudige Regierung, das ist die Bonner Rechtskoalition. Serienweise werden da Entscheidungen gefällt. Und fast genausooft werden sie wieder zurückgenommen oder zumindest relativiert. Es handelt sich dabei durch aus nicht darum, oder nicht nur, daß im Bundestag das eine gesagt wird, die Regierung das andere tut. Solche offenen Verstöße gegen ihren eigenen so hochgelobten Parlamentarismus ist man inzwischen schon gewohnt.

Es handelt sich ganz direkt um Regierungsentscheidungen, wie jetzt beim Katalysator. Natürlich sind die Beschlüsse dieser Regierung zum Thema „Auto und Umwelt“ im Sinne der Automobilkapitalisten. Aber der Widerstreit zwischen Unionsparteien, die in Wahlversprechungen zur konservativen Sammlung auch auf Umweltschutz machen, und Regierungsparteien, die die Aufträge des Kapitals zu erledigen haben, wird doch gerade an solchen Ereignissen immer wieder deutlich. Die fest abgemachte Bestimmung, ab wann Katalysatoren verbindlich sind, die ist in den jüngsten Referentenentwürfen aus Bonn wieder verschwunden...

Siegeszug

Die Ideologen des „freien Westens“ hatten dieses Spiel zweier Bürger der UdSSR zu einem Wettkampf der Systeme hochgejubelt. Das Endspiel um die Schachweltmeisterschaft zwischen Karpow und Kasparow. Der letztere als Vertreter der westlichen freien Individuen, der erste, Titelverteidiger, der kommunistische Maschinenmensch. Nun braucht man die Behauptung, Karpows Mitgliedschaft in der revisionistischen KPdSU wäre ein Indiz dafür, daß er Kommunist ist, wahrlich nicht zu teilen, um bei dem bisherigen Spielverlauf eine klammheimliche Freude zu empfinden. Es mag unfair der Person Kasparow gegenüber sein, den man ja wirklich nicht kennt, aber die genannte Freude kommt einfach daher, daß der Siegeszug Karpows die westlichen Propagandatrommler nahezu sprachlos macht. 4:0 nach elf Partien, so deutlich war schon lange kein Endspiel mehr. Essig wars mit der Westpropaganda.

CDU-Ultimatum in der Medienpolitik

Am vergangenen Wochenende stellten Stoiber (CSU), Remmers (Medienkoordinator für die CDU) und Weirich (Fachsprecher der Bundestagsfraktion) mit dem Papier „Medien von Morgen“ die neuen medienpolitischen Grundsätze der CDU/CSU vor. Die in dieser Woche anstehende Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer sei für die SPD-Länder die letzte Chance zum gemeinsamen Handeln zu kommen, sonst werde es einen „CDU-Verbund“ geben.

Die Thesen, die in diesem Parteidokument vertreten werden, lassen nicht nur in Formulierung und schmückenden Beiworten eine große Ähnlichkeit mit solchen Dokumenten wie sie einst zur Atomwirtschaft verabschiedet wurden erkennen. Auch in ihren Leitgedanken sind diese Thesen so: Den neuen Medien komme eine „Lokomotivfunktion für die Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft“ zu. Neue und qualifizierte Arbeitsplätze würden geschaffen, es müsse zu einer sinnvollen Konkurrenz zu den „öffentlich-rechtlichen Anstalten“ kommen, man sei keineswegs auf deren Abschaffung aus, es gehe um die „Neutralisierung publizistischer Macht“. Fernziel: Aufhebung des Postmonopols.

Der Druck, den die Unionsparteien dabei auf die SPD ausüben, ist erfolgversprechend, haben doch der Parteivorstand und andere Führungsorgane längst dem Drängen des Kapitals nach neuen Medien nachgegeben, den Widerstand der Gewerkschaften außer Acht gelassen. Daß in den Thesen vermieden wird, eine Bilanz zwischen der Schaffung neuer und der Vernichtung bestehender Arbeitsplätze zu ziehen, ist von den Motiven her leicht zu verstehen. Diese Bilanz kann nur negativ enden, und das ist nicht im Sinne der Autoren.

Daß es sich bei diesem Konzept — einmal mehr — nur um „Privatwirtschaft“ im Sinne des Abkassierens und Einflußnehmens handelt, das zeigen verschiedene Vorschläge, wie die Wirkungsweise von ARD und ZDF im wirtschaftlichen Bereich beschränkt werden sollen — staatliche Hilfe für den „Privatfunk“ also.

Mit der vor allem von Stoiber vertretenen These von der „Neutralisierung publizistischer Macht“ wird die Sache endgültig auf den Kopf gestellt. Dies ginge eigentlich ja nur auf dem Wege, die bestehenden Anstalten zu demokratisieren, wovon in keinster Weise die Rede ist.

Die publizistische Macht der Springer und Bertelsmann jedenfalls wird durch das CDU-Konzept keinesfalls neutralisiert sondern entscheidend weiter verstärkt. Das „Ultimatum“ an die SPD ist dabei offensichtlich aus dem Drang der Konzerne entstanden hier endlich „Wendepolitik“ zu verwirklichen und nicht nur scheibchenweise.

Ceaucescu in Bonn

Einig: Kein Revanchismus in der BRD

Nicolae Ceaucescu, der rumänische Staatspräsident und Parteivorsitzende ist nun, nach manchem Hin und Her, doch in Bonn eingetroffen. Sein — verkürzter — Besuch ist für die Bonner Regierung Anlaß, ihre Friedfertigkeit zu demonstrieren.

So konnte auf dem Empfang am ersten Abend des Besuchs der Bundespräsident Weizsäcker ohne Widerspruch von der anderen Seite behaupten, Bonn und Bukarest wären sich darin einig, daß es von westdeutschem Boden aus keinerlei revanchistische Bestrebungen gebe.

So wird dieser Besuch dazu benutzt, die klaren Aussagen von Regierungsmitgliedern und -vertretern auf den verschiedenen Versammlungen der Vertriebenenverbände usw. zu beschönigen. Im selben Atemzug verstärken die Bonner Vertreter ihre Spekulationen mit der „deutschen Minderheit“ in Rumänien, eine Politik, die gerade in Deutschland gefährliche Beispiele in der Geschichte hat, und auch Parallelen etwa gegenüber Polen.

Ceaucescu, der vor Jahren auf streikende Bergarbeiter schießen ließ, ist längst zu weit in die wirtschaftliche Abhängigkeit der westlich-kapitalistischen Länder geraten, um noch große Eigenständigkeit in der Außenpolitik zu haben. Was er in Wirklichkeit seit Jahren betreibt, ist keine eigenständige Politik, sondern eine Schaukelpolitik zwischen zwei Abhängigkeiten. Als Mitgliedsstaat des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf der einen Seite, des Internationalen Währungsfonds auf der anderen wird diese doppelte Abhängigkeit deutlich.



Was auch immer im weiteren Verlauf dieses dreitägigen Besuchs noch passieren wird (der Besuch wird erst nach RM-Redaktionsschluß beendet sein) deutlich wird schon jetzt, wie sehr er der Bonner Regie, gerade nach den Absagen Honeckers und Shivkovs in den Kram paßt.

Tarifbewegung öffentlicher Dienst

Nulldiktat vom Tisch, Sonderopfer sollen bleiben

In der zweiten Verhandlungsrunde der Tarifbewegung im öffentlichen Dienst hat Bundesinnenminister Zimmermann als Verhandlungsführer der sogenannten öffentlichen Arbeitgeber ein Angebot über eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 2,8 Prozent ab 1. Januar 1985 gemacht. Die von der Regierung großspurig angekündigte Nullrunde ist damit vom Tisch. Nicht vom Tisch ist, daß die Regierung der ÖTV und den anderen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst massive Sonderopfer aufzwingen will.

Daß Zimmermann überhaupt schon am Anfang der Tarifbewegung ein Lohnangebot vorlegt, hängt sicher damit zusammen, daß die Streiks in der Metall- und Druckindustrie doch gezeigt haben, daß die Kampffähigkeit der Gewerkschaften größer ist als die Bonner Regierung sich erhofft hat. Zimmermann hat eine Position geräumt, von der klar war, daß sie nicht zu halten war.

Zimmermanns Behauptung, man habe eine Einkommensverbesserung von 2,8 Prozent angeboten, beinhaltet schon einmal das mittlerweile schon übliche Täuschungsmanöver. Diese Erhöhung soll erst am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten. Für die letzten vier Monate dieses Jahres soll es lediglich eine Einmalzahlung von 180,— DM geben. Bezieht man die Zeit von September bis Dezember 84 ein, reduziert sich die angebotene Einkommensverbesserung auf 2,57 Prozent. Die ÖTV fordert 5 Prozent.

Vor allem aber liegt kein Angebot zur Arbeitszeitverkürzung vor. Zimmermann hat angekündigt, daß es vorläufig keines geben wird. Die ÖTV fordert zehn zusätzliche freie Tage.



Monika Wulf-Mathies hat erklärt, daß es ohne Arbeitszeitverkürzung für die ÖTV keinen Abschluß geben wird. Zimmermann aber spekuliert natürlich auf die Spaltertätigkeit der DAG, die der ÖTV-Forderung nach den 10 freien Tagen die Forderung nach einer Vorruhestandsregelung entgegengestellt hat. Inzwischen hat die DAG-Führung bereits erklärt, daß es ihr in erster Linie ums Geld gehe, der Vorruhestand sei nur die zweite Kampflinie. Da die DAG auch nur 4,5 Prozent Einkommensverbesserung fordert, ist der Abstand zum Zimmermann-Angebot nicht mehr sehr groß.

Rentenklau geht weiter

Kein Rentenbericht, aber weitere Kürzungen

Der für Ende dieses Monats angekündigte Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung ist keiner. Er arbeitet mit Zahlen, die selbst offiziell längst überholt sind. Einen wirklichen Bericht könne man erst später abliefern, verlautete dazu aus Bonn. Die Frage der Zahlungsfähigkeit der Kassen soll also im Trüben bleiben.

Klar dagegen ist heute schon, daß auch im nächsten Jahr der Rentenklau weitergehen soll. Einer Erhöhung der Renten um 3,4 Prozent steht eine weitere Erhöhung der sogenannten Selbstbeteiligung um weitere 2 auf dann 5 Prozent gegenüber, sowie die Teuerungsrate.

Was nach einer realen Berechnung erneut dazu führen wird, daß die Renteneinkommen sinken werden, am meisten natürlich für diejenigen, für die die prozentuale Erhöhung am wenigsten ausmacht, für die Bezieher kleiner Renten.

Diese Entwicklung ist nicht neu: Die Realeinkommen der Rentner sinken in Wirklichkeit seit 1980 ununterbrochen jedes Jahr weiter ab.

Neu ist nur die Selbstverständlichkeit, mit der diese weitere Senkung heutzutage in den Medien behandelt wird, mit der sie von Regierungsseite aus betrieben wird. Und neu ist, jedenfalls nach längerer Zeit einmal wieder, daß in diesem Zusammenhang die Frage nach der Zahlungsfähigkeit der Rentenkassen überhaupt auftritt.

Eine eigene „Barzel-Akte"

Oberflächliche Gutachten

„Oberflächliche Gutachten" — so bezeichnet, laut „Spiegel" der frühere Flick-Topmanager von Brauchitsch die „Arbeit", die Barzel leistete. Für das Geld, das er über die Frankfurter Kanzlei des Dr. Pauls von Flick erhielt.

Seitdem in der letzten Woche bekannt geworden war, daß Gelder aus Düsseldorf über Frankfurt an Barzel geflossen sind, hat sich das meiste von dem, was zunächst als „Behauptung" zurückgewiesen worden war, als Tatsache bestätigt.

So wurde bestätigt, daß in der berüchtigten „Liste" der Flickzentrale über die Zuwendung von Geldern an Politikern auch der Name Barzel auftaucht — „an Dr. Pauls, wegen Barzel". (Es gibt bei der Steuerfahndung eine eigene Akte dazu.) Daß es dem Flickkonzern nicht auf die Qualität der Barzelschen Arbeit ankam, das zeigt die oben angeführte Beurteilung v. Brauchitsche, die bereits aus dem Jahr 1973 stammt. Die Zahlungen, insgesamt 1,7 Millionen Mark, gingen aber noch weiter bis zum Jahr 1979. Barzel, der seit der letzten Woche ununterbrochen verkünden läßt, er habe eben ganz normal gearbeitet und Steuern bezahlt, wird es da nicht so leicht haben, diese Behauptung auf Dauer aufrechtzuerhalten. Das „Vorgeuntemehmen Barzel" nach dessen Abwahl als CDU-Chef von Kohl und Biedenkopf in Szene gesetzt, ist keineswegs ein „lupenreines" Unternehmen.

Vielmehr ist davon auszugehen, daß auch der heutige Bundestagspräsident die lange Liste derer erweitert, die Zuwendungen von Flick erhielten, die dieser für seine Steuergeschäfte ausnutzte. (Sein CDU-Vorgänger im Amt, Eugen Gerstenmaier, hatte bereits vor 15 Jahren den Platz räumen müssen, wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten.)

Eines wird auch bei der „Affäre Barzel" wieder deutlich: Je länger in der Flicksache nachgeforscht wird, desto mehr prominente Namen Bonner (und regionaler) Politik kommen ans Tageslicht, die von den Flickschen Kassen profitiert haben. Und desto länger wird auch die Liste der Tatsachen, die zeigen, über welch vielfältige Kanäle die Bonner Politik an die Kassen der verschiedenen westdeutschen Großkonzerne angebunden ist. Die Freiheit des Abgeordneten, die da so oft in wohltönenden Worten beschworen wird, sie reduziert sich wohl bestenfalls darauf, sich einen passenden Geldgeber zu suchen. Wenn sie nicht, wie es vor allem bei vielen CDU-Abgeordneten der Fall ist, von vornherein „Konzernabgeordnete" sind.

Hauptsache „weiße Weste"

„Leo"-Kanone an Saudi-Arabien

Via USA wird ab dem nächsten Jahr die vielbegehrte Kanone des westdeutschen „Leopard"-Panzers an Saudi-Arabien geliefert werden. Dies wurde vom Vorstandsvorsitzenden der Waffenschmiede „Rheinmetall" gegenüber Nachrichtendiensten zugegeben.

Der Weg ist einfach: Ab nächstem Jahr wird die heiß begehrte Kanone in den USA in Lizenz gebaut. Diese würden sie dann auch nach Saudi-Arabien liefern. (Und bei der Weiterlieferung kassiert der Patentinhaber mit, also Rheinmetall.)

Es erstaunt wenig, daß dies endlich geschehen soll. Schon lange drängte der Staat der Sauds nach dem Leo und seiner Superkanone. Das wichtigste Stück sollen sie nun erhalten. Erstaunen tut dabei höchstens die Unverfrorenheit, mit der der Rheinmetall-Vorsitzende Hockel dies in der Öffentlichkeit kund tut. Stets mit der Behauptung, so sei dies eben Geschäftsgepflogenheit, wer die Lizenz hat und baut, der kann auch verkaufen wem er will. Im Lizenzvertrag hatte sich Rheinmetall nur das NATO—Gebiet als Absatzmarkt gesichert.

Folgende Tatsachen sind dabei zu beachten:

1. Bereits die Regierung Schmidt hatte Maßnahmen getroffen, den bundesdeutschen Waffenhandel zu verstärken und dies war auch eingetreten.

2. Die Regierung Kohl ist anschließend daran gegangen, diese verstärkten Möglichkeiten des Waffenhandels systematisch auszudehnen.

3. Gerade der Rheinmetallkonzern war schon in der Vergangenheit immer wieder aufgefallen, als er auch jenseits der legalen Möglichkeiten operierte.

4. Bei jeder bisherigen Kritik an den verschiedenen mit Waffenhandel befaßten Konzernen und Institutionen wurde stets als Alibi präsentiert (und oft genug an den Haaren herbeigezogen) das Argument, es sei ja ein ausländischer Hersteller usw., darauf habe man keinen Einfluß.

Der von Rheinmetall abgeschlossene Vertrag (aus dem Jahre 1979) und seine Bestimmungen sowie die erfolgte offenherzige Darlegung zeigen nun in aller Deutlichkeit, daß es gerade das ist, was man will: Kassieren und eine weiße Weste behalten. Wer es anders, hätte einfach dieser Vertrag unterbleiben können.

Diese Taktik will man also in brisanten Fällen weiterverfolgen wie bisher. Brisant, weil es ja gegen diesen Weiterverkauf den israelischen Widerstand gibt.

Das Bundeswirtschaftsministerium, wen mag es wundern, hat gegen das ganze Geschäft mit Kanonen natürlich keinerlei Einwände vorzubringen.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526 Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526 Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpna-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Atomwirtschaft wieder „in der Diskussion"

Im Hintergrund: Der Konzern mit Ausstrahlung

Durch eine ganze Reihe von Ereignissen ist in der letzten Woche die Atomwirtschaft in der BRD wieder mehr in die öffentliche Debatte gekommen. Streit in Hessen um die Erweiterung von NUKEM und ALKEM, Polizei und Grenzschutz probten den Notstand im Wendland bei den ersten Fahrten zur Zwischenlagerung, Uneinigkeit in kapitalistischen Kreisen um die Wiederaufarbeitung — alle diese Themen trugen dazu bei.

In der Hanauer Atomzentrale, über die rund 4/5 der Versorgung bundesdeutscher Atomkraftwerke mit nuklearem Brennstoff geht, sollen die Kapazitäten bei NUKEM und ALKEM beträchtlich erweitert werden. ALKEM will, und das ist in diesem Bereich sicher die spektakulärste Maßnahme, seine Plutoniumbestände von 460 auf 6700 Kilogramm erhöhen, also um mehr als das vierzehnfache der bisherigen Kapazität.

Die hessische SPD-Landesregierung will nun die Anträge auf Ausbau befürworten, trotz all ihrer Beteuerungen, sie werde ihren Atomkurs ändern. In diesem Fall gehe das nicht, da der ganze Vorgang dem Atomgesetz in seiner Fassung von 1975 entspreche.

Dem haben die Grünen Widerstand entgegengesetzt und damit gedroht, die Unterstützung im hessischen Landtag aufzukündigen, wenn die SPD-Landesregierung den Anträgen zustimme. Die Argumentation der Grünen ist dabei allerdings auf ausgesprochen schwachen Füßen.

Sie geht im wesentlichen von der Behauptung aus, die Arbeit der beiden Atomfabriken in Hanau widerspreche geltendem Gesetz. Jenseits verschiedener Interpretationsmöglichkeiten von Gesetzen erscheint dies wenig wahrscheinlich. Die SPD muß es da besser wissen, sie hat das Atomgesetz schließlich 1975 selbst novelliert. Und ein Gesetz in der BRD, das die Tätigkeit dieser beiden so zentralen Schaltstellen im Atomkreislauf unterbindet und dessen Autor ein Kanzler Schmidt und seine Minister sein sollen, erscheint in der Tat mehr als nur unwahrscheinlich. So gab es denn bereits auch Stimmen unter den Grünen, die versuchen, abzuwiegeln. Das ist nicht nur ein Otto Schily, der, Erfolge beschwörend, betont, daß dies nicht das Ende bewährter Zusammenarbeit sein dürfe, sondern auch aus Kreisen der hessischen Landtagsfraktion werden "moderate Töne" laut.

Im Landtag beschränkte sich die SPD im wesentlichen darauf, mit der Gültigkeit des Gesetzes und der Unmöglichkeit für die Landesregierung, etwas dagegen zu tun, zu argumentieren. Die CDU versuchte einmal mehr, nicht nur das Chaos an die Wand zu malen, die Verunsicherung der Unternehmer zu beschwören, sondern auch die Grünen des "Gesetzesbruchs" zu überführen.

Mit dieser Verunsicherung wird es ebensowenig weit her sein, wie mit der Vorstellung, man könnte die Hanauer Zentrale so eben mal aus den Angeln heben. Wer das wollte, der müßte sich auf jeden Fall auf einen großen politischen Kampf einstellen. Denn hinter den beiden Hanauer Fabriken steht der Konzern mit Ausstrahlung: Das RWE.

An der NUKEM sind die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke" mit 45 Prozent beteiligt, die NUKEM wiederum mit 40 Prozent an der ALKEM. Über verschiedene Verschachtelungen ist der andere Hauptpartner an den zahlreichen Hanauer Unternehmungen, die mit zu dieser Atomkonzernballung gehören, auch kein kleiner: Die Siemens AG, meist über ihre Tochter KWU.

Kurz: Hinter „Hanau" stekken die beiden Großkonzerne, die mit Abstand das Atomgeschäft in der BRD beherrschen.



Polizei in Kalkar: Gorleben war nur einer in einer ganzen Reihe Großeinsätze für die AKW-Industrie

Wer meint, die könne man mal eben so, mit einem parlamentarischen Manöver aushebeln, der hat sich mit größter Wahrscheinlichkeit geirrt. Die bisherige Entwicklung sprich auch eindeutig dafür. Nachdem zunächst kolportiert worden war, die hessische Landesregierung wolle sich aus wahltaktischen Gründen mit der Erweiterungsgenehmigung bis nach den hessischen Kommunalwahlen im nächsten Frühjahr Zeit lassen, sieht es jetzt schon ganz anders aus. Hessens Wirtschaftsminister Steger ließ Ende letzter Woche veröffentlichen, die Genehmigung werde auf jeden Fall noch 1984 erfolgen. Zumindest soll dies für die beantragte Erweiterung von NUKEM gelten, was mit ALKEM konkret geschieht, wurde noch nicht kundgetan. Vielleicht wittert die SPD-Landesregierung hier auch eine Chance im Streit, der innerhalb des Kapitals um die Wiederaufarbeitung ausgebrochen ist, bei dem ja die Plutoniumfabrik eine entscheidende Rolle spielt.

Sollte es tatsächlich so laufen, daß ein wichtiger Teil des Kapitals in dieser Form Abschied von der Wiederaufarbeitung nehmen sollte, dann könnte es ja sein, daß auch die hessische SPD noch entdeckt, daß der Antrag von ALKEM vielleicht doch nicht ganz so gesetzestreu ist, wie bisher gesagt.

Immerhin ist unter denen, die in letzter Zeit — nachdem so manches Milliönchen geflossen ist — von der Wiederaufarbeitung abgerückt sind auch ein Spender des RWE. Ein zunehmender Teil des Kapitals will keine „rein deutsche Anlage".

Der unmittelbar damit in Zusammenhang stehende schnelle Brüter ist auch in diesen Kreisen, wenn auch aus ganz anderen Gründen als in der Öffentlichkeit, nicht mehr unumstritten. Hieraus auf eine Zustimmung zur Verweigerung der ALKEM-Erweiterung zu schließen, wäre jedoch mehr als übereilt, sehen doch die Ersatzstrategien vor allem internationale Kooperation vor, bei der der Hanauer Zentrale dieselbe Rolle zukäme wie bisher. Einen gewissen Einfluß auf diese Debatte haben natürlich auch die großen Debatten um Atomtransporte gehabt, die aus Anlaß des Sinkens des französischen Urantransporters (Plutoniumtransporters) vor der belgischen Küste stattfanden.

Daß all solche Fragen im Notfall nicht im Parlament entschieden werden, sondern auf der Straße, das zeigten schließlich, ebenfalls in der letzten Woche, die Ereignisse um Gorleben. Die ersten Transporte zur Zwischenlagerung dort waren von vielen AKW-Gegnern in der Region und bundesweit zum "Tag X" erklärt worden, Verhinderungsaktionen wurden angekündigt. Auch hinter diesen Schritten in der Atomwirtschaft stehen vor allem die beiden genannten Konzerne.

2000 Mann Polizei und Grenzschutz waren eingesetzt, um auch noch den kleinsten Waldweg der Gegend abzusperren, zu kontrollieren. Es war eine „Realisierung der Vision vom Atom-Polizeistaat", so beschrieb es ein Teilnehmer der Protestaktionen. Autos von der Polizei beschädigt, Knüppeleinsatz, chemische Keule, bundesweite Beschlagnahme von Plakaten wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" („Verhindert die Atommülltransporte ins Wendland" lautete der Aufruf auf dem Plakat) — nicht zu Unrecht folgerten Mitglieder der Bürgerinitiativen, über das Wendland sei der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Ausweitung des Strafrechtsparagraphen 111 sahen verschiedene Anwälte bei dieser Aktion der geballten Staatsgewalt gegeben. Wie weit sie zu gehen sie bereit sind, das zeigten das Kapital, seine Politiker und seine Polizei bereits bei einem im Prinzip relativ geringfügigen Ereignis wie diesem atomaren Mülltransport. Wie weit sie zu gehen bereit sind, wenn es um ihre Großprojekte à la Wiederaufbereitungsanlage (oder was an ihre Stelle rücken könnte) geht, die laut Zimmermann unbedingt gebaut werden soll, entweder in Bayern oder Niedersachsen (die endgültige Entscheidung darüber ist für Ende des Jahres vorgesehen), das kann man sich nach diesem Lehrbeispiel leicht vorstellen.

Mit einfachen parlamentarischen Manövern gegen eine solche Politik ist es freilich, wie gesagt, bei weitem nicht getan: Entweder man will Widerstand dagegen oder nicht, so muß man, selbst nach dieser kleinen Perspektive aus Ereignissen innerhalb weniger Tage, sagen. Und das würde bedeuten, eine echte Massenmobilisierung zu versuchen, wozu die Grünen jedenfalls gegenwärtig keine Neigung zeigen.

„Dies ist nicht der Ort, darüber zu reden . . ."

Wie der Bundestag die Regierung (nicht) kontrolliert

Im Mittelpunkt aller kritischen Stimmen bei der Debatte des Bundestages über seine Stellung und seine Arbeit Ende September stand die — vom Grundgesetz vorgeschriebene — Aufgabe des Bundestages, die Regierung zu kontrollieren.

Immerhin.

- **Wenn sich auch das Recht des Bundestages, die Regierung zu bilden, schon per Verfassung, darauf reduziert, den Kanzler zu wählen;**
- **wenn sich auch das Recht des Bundestages, die Gesetze zu *machen*, darauf reduziert, Gesetze, die *im* Regierungsapparat unter maßgeblichem Einfluß des Kapitals gemacht werden, im Bundestag *abzustimmen;***
- **wenn sich auch die politische Macht, die der Bundestag laut Grundgesetz hat, dadurch vollends zum Nullpunkt hin reduziert, daß nicht er, sondern der Kanzler die Richtlinien der Politik der Regierung (sog. Richtlinienkompetenz) bestimmt —**

so wäre es zwar nicht viel, aber doch immerhin etwas, wenn der Bundestag die Regierung wenigstens wirksam kontrollieren würde.

Tut er das? Die Antwort ist — um die Spannung für die Leser nicht ins Unerträgliche zu steigern — nein. Denn wer wirksam kontrollieren will, braucht erstens ungehinderten Zugang zu Informationen und zweitens Mittel zum Durchgreifen. Ersteres hat der Bundestag kaum, zweiteres gar nicht.

Persilschein für die Regierung

Mit den Informationsmöglichkeiten des Bundestages sieht es schlecht aus. Das beginnt bei den Kabinettsitzungen. Hören wir den Abgeordneten Langner (CDU): *„Meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas Kritisches: Die Regierung sollte ihre Informationspflicht gegenüber dem Parlament etwas ernster nehmen als alle Regierungen in den letzten Jahren getan haben."* Überraschend energische Töne für einen CDU/CSU-Abgeordneten? Abwarten. Was Herr Langner dann tatsächlich fordert, ist nämlich folgendes: *„Ich meine, wenn das Haus hier tagt, sollte sie sich nicht via Bundespressekonferenz direkt an die Öffentlichkeit wenden und uns dabei übergehen ... Die Regierung muß nicht (!) mit ihren Kabinettsentscheidungen ins Parlament kommen, aber wenn sie sie veröffentlichen will (!), dann bitte hier."*

Irgendwelchen Protest angesichts dieser Höflingsmentalität des Abgeordneten Dr. Langner verzeichnet das Protokoll der Sitzung nicht. Auch nicht von seiten der Sozialdemokraten. Im Gegenteil. Jochen Vogel, seines Zeichens Oppositionsführer, stimmt Langner ausdrücklich zu, daß die Bundesregierung „wann immer möglich" zuerst den Bundestag und dann die Öffentlichkeit informieren solle. Von der Bundesregierung zu verlangen, daß sie regelmäßig den Bundestag (und natürlich auch die Öffentlichkeit) über ihre Kabinettsitzungen informiert, ist also auch für einen Sozialdemokraten offenbar schon jenseits des demokratischen Vorstellungsvermögens.

„Notwendige Informationen werden ... abgeblockt"

Ein Recht, über Kabinettsitzungen informiert zu werden, hat der Bundestag also nicht — und die Mehrheit der Abgeordneten will es auch nicht haben. Welche Recht hat er?

Er darf Fragen stellen — große und kleine! Ob er allerdings auf seine Fragen auch eine Antwort bekam, entschied bis vor kurzem — die Regierung. Sie hatte laut Geschäftsordnung des Bundestages rechtzeitig bekanntzugeben, ob sie diese oder jene Anfrage aus dem Bundestag beantworten wollte oder nicht. Erst seit Juli dieses Jahres gibt es so etwas wie eine Antwortpflicht der Regierung. Und zwar laut Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, bei dem dieses Recht auf Antwort von Abgeordneten eingeklagt worden war.

Interessant ist, daß Antwort- und Informationspflicht der Bundesregierung auch nach diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausdrücklich nur für solche Fragen gelten, die in der Regierung bereits entschieden sind, nicht aber für solche Fragen, über die noch diskutiert wird.

Wer glaubt, daß die Abgeordneten diese Bestimmung etwa als unzulässige Einschränkung der Macht des laut Verfassung ja immerhin höchsten Organs des bundesrepublikanischen Staates empfinden, täuscht sich. Das tun höchstens Abgeordnete der Grünen. Ein Beispiel aus der Debatte:

Frage des Abgeordneten Drabiniok (Grüne) an den Abgeordneten Werner (CDU/CSU): *„Halten Sie es nicht eher für angebracht, daß die Bundesregierung Untersuchungen und Gutachten, die vom Umweltbundesamt oder vom Bundesgesundheitsamt oder von vergleichen Stellen zu Formaldehyd, Abgasbegrenzung, Schadstoffbelastung usw. gemacht werden, veröffentlicht oder uns zur Verfügung stellt, statt sie in den Giftschrank zu legen?"* — Antwort: *„Herr Kollege, ich finde es durchaus gut, wenn derartige Gutachten den Abgeordneten und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden — allerdings erst dann, wenn in entsprechender Weise der Prozeß der Stellungnahme und Auseinandersetzung innerhalb der zuständigen Ministerien erfolgt ist! Denn vorher wäre das, was stattfände, ein leerer papierener Abschlag, den ich als wenig sinnvoll erachte."* Und auch in dieser Frage findet die oppositionelle Haltung der SPD-Fraktion ihre Grenzen in einer wahrhaft wilhelminischen Staatstreue. Man ist sich einig mit der CDU/CSU und der FDP.

Aber so oder so wird die nun höchstrichterlich festgestellte Antwortpflicht der Regierung sowieso nichts an der bisher gängigen Praxis ändern. Das steht jetzt schon fest.

Der Abgeordnete Sielaff (SPD) in der Debatte: *„Noch gestern gab es einige Beispiele, wie die Bundesregierung auf Anfragen der Abgeordneten eingeht: indem sie teilweise Fragen gar nicht beantwortet, Dinge beantwortet, die überhaupt nicht gefragt sind, oder Ausflüchte macht. Zum Beispiel bei einer Zusatzfrage, welche Weisung die Bundesregierung ihren Mitgliedern in Vorstand und Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit gegeben habe. Die Antwort — ich zitiere: Dieses ist nicht der Ort, darüber zu reden."*

Und der gleiche Abgeordnete zu einem — oder besser: **dem** — zweiten Recht der Abgeordneten, an Informationen heranzukommen: *„Man las sicherlich schon in den ersten Tagen* (als neuer Abgeordneter — RM) *schon die Geschäftsordnung und fand sich bestätigt, da es in § 16 heißt:* ‚Die Mitglieder des Bundestages sind berechtigt, alle Akten einzusehen, die sich in der Verwahrung des Bundestages oder eines Ausschusses befinden ...' *Aber schon bald erfährt jeder: Die Wirklichkeit ist ganz anders — auch trotz der schönen großen Reden hier heute. Nicht die Bürokratie alleine ist der Hemmschuh, sondern auch der Versuch der Regierung, den Abgeordneten Informationen vorzuenthalten und durch vorhandenes Herrschaftswissen im Vorteil zu bleiben. Die Menschen sind sicherlich alle freundlich, auch die auf seiten der Regierung. Aber die notwendigen Informationen werden so hartnäckiger abgeblockt."*

Die Abgeordnete Skarpelis-Sperk von der SPD bringt klipp und klar auf den Punkt, wie diese Wirklichkeit bei den Informations- und damit auch bei den Kontrollmöglichkeiten aussieht. Sie sagte in der Debatte: *„Der bittere Witz dabei ist, daß die von uns zu Kontrollierenden in der Regel Inhalt und Ausmaß der Informationen bestimmen, mittels derer wir sie kontrollieren sollen."*

Ein entscheidendes Mittel der Bundesregierung, dies zu erreichen, ist ihr Recht, die verschiedensten Dokumente für „geheim" zu erklären. Und zwar je nach Geheimhaltungsgrad auch für alle Abgeordneten.

„Streng geheim"

Darüber, wie mit diesem Geheimhaltungsstempel Politik gemacht wird, berichtet Karl-Heinz Hansen in einem Artikel in den Blättern für deutsche und internationale Politik 8/83. Es geht um den Tornado. Karl-Heinz Hansen schreibt:

„Nachdem das ‚größte Rüstungsprojekt seit Christi Geburt' (Helmut Schmidt) schon fünf Jahre unterwegs und die öffentliche Diskussion auf ihrem Höhepunkt angelangt war, setzte das Verteidigungsministerium eine interne Arbeitsgruppe ein, die das Für und Wider unter militärfachlichen und finanziellen Aspekten noch einmal untersuchen sollte. Dieser Arbeitsgruppe gehörten hochrangige Vertreter aller Abteilungen des ‚Hauses' an. Sie kamen im März 1974 zu folgendem abschließenden Urteil:

‚Die Arbeitsgruppe empfiehlt, das MRCA-Programm nicht fortzusetzen. Zwar bestehen aus bündnis-, technologie- und wirtschaftspolitischen Gründen Bedenken, diese werden jedoch überwogen von den Minderleistungen des MRCA und dem für die Bundeswehr nicht vertretbaren Gesamtaufwand.'

Der beamtete Staatssekretär Dr. Siegfried Mann nahm diese Studie sofort unter Verschluß und stufte sie als ‚streng geheim' ein. ER gab sofort ein Gegengutachten bei der Luftwaffe in Auftrag, die in Interessengemeinschaft mit der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm und der Motoren Turbinen Union das Ding um jeden Preis haben wollte. Die neue Studie mit dem gewünschten positiven Ergebnis wurde dann zur Entscheidungsgrundlage für die abschließende Beratung in den drei Bundestagsfraktionen. Die parlamentarische Bewilligung der Finanzen für das Riesenprojekt (jedes der 322 MRCA-Flugzeuge wird schließlich 115 Millionen kosten) war nur noch eine Formsache.

Das Erpresser-Zuhälter-Verhältnis zwischen den Rüstungsbeschaffern und den Rüstungsproduzenten hatte sich wieder einmal bewährt. Deshalb ist es nur konsequent, wenn der Staatssekretär Dr. Siegfried Mann bald darauf als Geschäftsführer beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Unterschlupf fand."

Außer Karl-Heinz Hansen, damals Abgeordneter der SPD, regte dieser Vorgang niemanden sonderlich auf. Aus welchem Grunde sollten sich die Abgeordneten auch aufregen? Es käme nur ein Grund in Frage — daß diese Abgeordneten sich tatsächlich als Interessenvertreter des Volkes begreifen würden ...

Die alltägliche Geheimdiplomatie

Aber es geht nicht nur darum, daß den Abgeordneten bewußt einzelne Dokumente vorenthalten werden, indem man ihnen den Stempel „streng geheim" aufdruckt. Es geht auch darum, daß die Regierung kontinuierlich Entscheidungen trifft, die vor den Abgeordneten (und natürlich erst recht vor der Öffentlichkeit) geheimgehalten werden. Hören wir auch dazu Karl-Heinz Hansen:



„Das Sicherheitskabinett der Bundesregierung (die Ministerien der Verteidigung, des Auswärtigen, der Wirtschaft und Finanzen, des Inneren) entscheidet über Rüstungsproduktion, Rüstungsexport und Bündnisfragen unter strikter Geheimhaltung gegenüber Parlament, Fraktionen und Parteien. Um die Implementierung (Absicherung — RM) der Beschlüsse zu erleichtern, werden gelegentlich einige ‚Führungskräfte' der staatstragenden Parteien eingeweiht und oft als Komplizen auch verfassungsrechtlich dubioser Regierungstätigkeit gemacht; die Auswirkungen dieser Praktiken erfährt das Wähler-, Parteien- und Fraktionsvolk bestenfalls und meist zufällig erst nach Jahren in Form gewordener Geschichte, wenn es zu Korrekturen stets zu spät ist ...

Das gilt für die Waffenlieferungen an Israel, über die Adenauer nur die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien eingeweiht hatte und die auch jahrelang dichthielten (für die SPD: Fritz Erler), ebenso wie für den verfassungswidrigen, illegalen Waffenhandel des Bundesnachrichtendienstes mit Ländern des mittleren Ostens, in den der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Karl Carstens, als Mitwisser verwickelt war. Die spätere SPD-geführte Bundesregierung hat es bis zu ihrem Ende abgelehnt, ihre Akten darüber zu öffnen, weil noch nach über einem Jahrzehnt der Bundesrepublik Schaden entstehen könnte, obwohl inzwischen die meisten Fakten aus ausländischen Quellen bereits bekannt geworden waren ...

Dem Parlament werden nur gelegentlich ‚politische Schweinereien' des Sicherheitskabinetts, die gegen Artikel 26 des Grundgesetzes wie gegen die ‚Politischen Grundsätze', die sich die Bundesregierung 1972 selbst gegeben hat, und gegen jede politische Moral verstoßen, bekannt. Die darauf folgenden Proteste haben an der durchgehenden zwielichtigen Praxis aller bisherigen Regierungen allerdings nichts geändert.

Das betrifft die U-Boot-Lieferungen an die rechte Militärjunta in Griechenland, die NATO-Befehlsstrukturen erfolgreich für ihren Putsch benutzt hatte und Widerstand mit Folter unterdrückte, ebenso wie die U-Boot-Lieferungen an die noch amtierende ‚Mörderbande' (so SPD-Bundesminister Matthöfer) in Chile, die Bundeskanzler Schmidt hinter dem Rücken und ohne Wissen von Parlament, SPD-Fraktion und Partei beschlossen hatte." (Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/83)



Ist der Parlamentarismus reformierbar?

Eine Kontrolle der Regierung durch den Bundestag findet also nicht statt. Eher wird umgekehrt ein Schuh daraus. Beispiel Buschhaus, wo der Bundestag innerhalb von vier Wochen seine Meinung um 180 Grad änderte — dem Druck der Industriebosse und ihres Sprachrohrs, der Regierung, nachgab. Beispiel Katalysator, wo der Bundestag nicht umfiel, die Regierung aber trotzdem machte, was die entsprechenden Kapitalkreise wollten.

So, wie die Lage ist, hat der Bundestag also tatsächlich so gut wie nichts zu sagen. Gegenüber der Regierung nicht und gegenüber dem Kapital, den eigentlichen Machthabern in diesem Staat, erst recht nicht.

Was folgt daraus? Für die, die den Nutzen davon haben, nur so viel, daß sie von den Darstellern im Bonner „Staatsschauspiel", wie der Abgeordnete Eylmann von der CDU/CSU den Bundestag nannte, bessere Schauspielerei verlangen.

Andere fordern, daß die Staatsgewalt tatsächlich vom Volk ausgehen soll bzw. daß das Volk zumindest Einfluß nehmen kann. Einführung von Volksbegehren und -entscheiden, Abschaffung der 5-Prozent-Klausel bei Wahlen, Aufhebung des Fraktionszwanges, Rotation usw. sind Stichworte dazu. Die Frage ist: Ist der Parlamentarismus tatsächlich reformierbar? Ist ein parlamentarisches System, das man mit Fug und Recht „parlamentarische Demokratie" nennen kann, denkbar?

Dazu im nächsten „Roten Morgen".

Aus „Das Bollwerk", KPD-Betriebszeitung bei HDW Kiel

Unser Kampf geht weiter!

Unter dieser Überschrift veröffentlichen die Genossen bei HDW in Kiel in der neuesten Ausgabe ihrer Betriebszeitung einen Artikel, der sich mit den Ergebnissen der IGM-Tarifrunde und ihrer betrieblichen Umsetzung befaßt. Im Rahmen unserer Berichterstattung über betriebliche Entwicklungen nach Streikende geben wir den Artikel hier wieder.

Der neue Tarifvertrag verankert die durchschnittliche betriebliche Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden. Wie dieses für den einzelnen Kollegen konkret aussehen wird, ist nicht geregelt. Hierzu muß bis zum 1.4.1985 eine Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmen getroffen werden. Die Kapitalisten wollen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit durchsetzen. Ein Teil der Belegschaft arbeitet 37 Stunden, ein anderer Teil 40 Stunden. Oder: Eine Woche arbeiten alle 37 Stunden, die nächste Woche 40 Stunden, je nachdem, wie es dem Unternehmen von der Auslastung her paßt. Der Tarifvertrag läßt da leider viele Möglichkeiten offen, u.a. kann sogar der Samstag miteinbezogen werden.

Neitzke, Vorstandsmitglied der HDW und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Hamburg/Schleswig-Holstein, hat vor Journalisten an die Betriebsräte appelliert, „bei den bevorstehenden Verhandlungen die vielfältigen Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit zu nutzen." Die IG Metall fordert dagegen:

38,5 Stunden für alle!

Gut! Aber nicht durch Freischichten, denn dann hätten wir ja gleich mehr Urlaub fordern können. Wir meinen, die Arbeitszeitverkürzung muß so festgesetzt werden, daß der Weg in Richtung 35-Stunden-Woche und 7-Stunden-Tag frei bleibt. Wir haben aus diesem Grunde im „Bollwerk" Nr. 5 vom 14.8.84 für HDW den Vorschlag gemacht: Freitags 1 Stunde und donnerstags 1/2 Stunde früher Feierabend. Das setzt jetzt u.a. voraus, daß der Betriebsrat die Absichtserklärung — die 10 Min. Frühstückspause zu verkaufen — zurücknimmt. **Unser Ziel** war doch, durch die Arbeitszeitverkürzung

1. Arbeitsplätze zu schaffen!

Was angesichts der 3,5 Mio arbeitslosen Kollegen wohl berechtigt ist. Rein rechnerisch würde es auf HDW so aussehen, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden 195 neu eingestellt werden müssen. Rein rechnerisch geht es in der betrieblichen Praxis aber bekanntlich nicht zu. Zu viele verschiedene Faktoren führen dazu, daß die praktischen Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung in der Regel immer hinter den rechnerischen Modellen zurückbleiben. Vor allem, wenn der Betriebsrat das Ding mit der Frühstückspause dreht, kann man von den 195 Neueinstellungen gleich wieder über 100 streichen.

2. Arbeitsplätze sichern!

In der Metallindustrie sind 1983 2,8 Prozent aller Arbeitsplätze vernichtet worden. Im Salzgitterkonzern liegt der Arbeitsplatzabbau bei 10 Prozent, bei HDW weit über 10 Prozent. Weitere Entlassungen stehen an. Neitzke vor Journalisten: „Ein weiteres Schrumpfen der Branche ist gewiß". Durch die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit kann man wenigstens zeitweise weiteren Entlassungen entgegenwirken.

3. Kürzere Arbeitszeit — mehr Freizeit!

Durch Rationalisierung ist eine Leistungsverdichtung entstanden, die schon seit einiger Zeit die Grenze der normalen zumutbaren Dauerleistung der Beschäftigten übersteigt. Die Folge ist, daß heute schon über 50 Prozent frühzeitig aus dem Arbeitsleben durch Frühinvalidität ausscheiden. Gleichzeitig sinkt die Lebenserwartung. In den letzten 16 Jahren ist die wöchentliche Arbeitszeit gleichgeblieben. Eine wöchentliche und tägliche Verkürzung der Arbeitszeit ist also auch im Interesse unserer Gesundheit angesagt.

Alle sind gefordert!

Voll umsetzen können wir unsere Forderungen, die der Tarifvertrag beinhaltet, nur wenn die Belegschaft aktiv wird. Darauf zu hoffen, daß unser Betriebsrat durch „Verhandlungsgeschick" eine Vereinbarung in unserem Sinne abschließt, ist mehr als müßig. Was dabei herauskommt, wissen wir. Schließlich sind wir es ja, die die Auswirkungen täglich ertragen müssen.

Nur durch die Einbeziehung der gesamten Belegschaft — Betriebsversammlungen und Aktionen durchführen, Öffentlichkeit herstellen usw. — und unter aktiver Beteiligung der Vertrauensleute kann es zu einer unseren Interessen entsprechenden Betriebsvereinbarung kommen.

Das gleiche gilt für die Überstundenregelung. In der Metallindustrie, die bei den Überstunden an der Spitze steht, konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß der Abbau der Beschäftigten zahlenexakt mit der Zunahme der Überstunden verläuft. Es werden Arbeitsplätze vernichtet und stattdessen Überstunden gemacht.

Radikaler Abbau der Überstunden!

Jede Wochenarbeitszeitverkürzung wird unwirksam, wenn die Kapitalisten diese durch vermehrten Überstundeneinsatz abfangen. Das gleiche gilt, wenn es HDW gelingt, die geplanten Vorgabezeitkürzungen (3,9 Prozent) durchzusetzen.

Keine weiteren Programmzeitkürzungen!

Aus „Der Motor", KPD-Betriebszeitung bei VW Emden

Einstieg in die flexible Arbeitszeit?

Unter dieser Überschrift nehmen die Emdener Genossen in ihrer VW-Betriebszeitung zum Tarifabschluß Stellung — wobei klar ist, daß sie bei VW von teilweise anderen Voraussetzungen ausgehen, als in anderen Betrieben mit anderen Tarifabschlüssen.

Viele denken, die Tarifrunde sei vorbei und möchten sie am liebsten ganz vergessen, weil sie vom Ergebnis her keinen Erfolg gebracht hat. Mit 2,78 Prozent über 30 Monate mußten wir wieder eine Reallohneinbuße hinnehmen, und die 35-Stunden-Woche wurde nicht erreicht.

Am schwerwiegendsten aber ist es, daß es dem Kapital gelungen ist, die Flexibilisierung der Arbeitszeit zu erreichen, d.h. die **Arbeitszeiteinteilung nach Auftragslage.** Das ist eine äußerst gefährliche Weichenstellung für die Gewerkschaft, die diesen Preis für einen sozialpartnerschaftlichen Kompromiß zu zahlen bereit war.

Trotzdem muß festgestellt werden, daß die 40-Stunden-Woche durchbrochen worden ist, die IGM nicht kapituliert hat und das Vorhaben von Kapital und Wenderegierung gescheitert ist, die IGM politisch in die Knie zu zwingen.

Aber die Tarifrunde ist noch nicht zu Ende! Denn jetzt geht es um die Umsetzung des Ergebnisses in den VW-Werken.

Da ist zur Zeit das große Schweigen im Walde, kaum Diskussionen, geringe Informationen für die Vertrauensleute, schon gar keine öffentliche Diskussion in den Belegschaften.

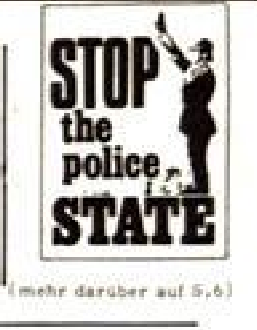
Wie sieht's bisher aus?

Vereinbart ist bei VW: keine Verkürzung der **wöchentlichen** Arbeitszeit, sondern eine Verkürzung der **Jahresarbeitszeit.** Die Jahresarbeitszeit beträgt 2008 Stunden. Neun Freischichten sollen wir auf's Jahr verteilt bekommen. Daß „Der Motor" von Freischichten nicht begeistert ist, sondern für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, haben wir schon in der letzten Ausgabe dargestellt. Es nützt jetzt aber nichts, noch lange rumzuschimpfen. Wir müssen jetzt zusehen, wie die Freischichten am beschäftigungswirksamsten umgesetzt werden können. Wichtig ist, daß die Freischichten nicht für sieben Jahreszeitabschnitte festgelegt werden, sondern für

7 gleiche Jahresabschnitte,

um saisonmäßige Einteilungen zu verhindern!

Der Motor



(mehr darüber auf S.6)

Betriebszeitung der KPD, VW Oktober '84

Tarifrunde:

Einstieg in die flexible Arbeitszeit?

Die Freischichtentnahme darf nicht zu Lasten des Tarifurlaubs gehen, indem die freie Einzelentnahme des Tarifurlaubs noch weiter erschwert wird.

Die Abkoppelung der Freischichten vom Bildungsurlaub ist unannehmbar. Es muß durchgesetzt werden, daß Freischichten zusammen mit Bildungsurlaub genommen werden können. Denn ab 1985 gibt es dank Albrecht und der CDU nicht mehr 10 Tage, sondern nur noch 8 im Zweijahresrhythmus bzw. im Jahr nur noch 4 statt 5 Tage.

Als Vorlage der Umsetzung von Freischichten soll das Modell des VW-Werkes in Brüssel dienen. Wie das dort aussieht, ist kaum bekannt. Angeblich soll dort nach Festsetzung von Freischichten im eintretenden Krankheitsfall die Freischicht verloren sein. So etwas ist auf keinen Fall akzeptabel!

Samstagsarbeit ...

Die Probleme der Freischichten sind aber nur ein kleiner Teil des Tarifvertrages. Die größte Gefahr liegt darin, wie **Samstagsarbeit** möglich sein soll. Dazu hat Kugland, der Tarifexperte von VW, im Autogramm 9/84 seine Meinung kundgetan: „Sonnabendarbeit ist keine Mehrarbeit", und weiter: „... Daß auch Sonderschichten mit dem Betriebsrat vereinbart werden können und zwar **ohne** Bezahlung, in der Form, daß die vorgearbeitete Zeit später freigegeben wird."

... macht Saisonarbeit möglich

Hier liegt der Grundgedanke der **variablen** (= veränderlichen) **Arbeitszeit**, hier soll durch die Hintertür ermöglicht werden, im Autofrühling die 6-Tage-Woche einzuführen und im Autoherbst die zeitweise einzustellen, gerade wie es VW beliebt.

Nicht genug damit.

Es sollen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden über weitere einschneidende Maßnahmen:

- Betriebsmittelnutzung
- neue Springerregelung
- sachliche Verteilzeit
- taktunabhängiger Personaleinsatz (Geisterschichten)
- betriebliche Untersuchungen im Angestelltenbereich
- Aufsplitterung der Verschickungsregelung (300 DM in Gefahr)

Wir wollen an zwei Beispielen aufzeigen, welchen Gefahren in diesen Punkten liegen:

„Betriebsmittelnutzung"

Unter dem Punkt „Betriebsmittelnutzung" soll erreicht werden, daß die Produktion in den Pausen durchläuft, die Kolleginnen und Kollegen vereinzelt ihre Pausen machen.

„Sachliche Verteilzeit"

Bei der „sachlichen Verteilzeit" geht es wahrscheinlich darum: man will die Bänder voll durchlaufen lassen, z.B. in der Frühschicht von 5.30 Uhr bis exakt 14 Uhr mit einem flexiblen Wechsel zur Spätschicht.

Wie man sieht, enthält das Tarifergebnis keine kleinen Problemchen vor Ort, sondern dicke, fette Kröten, die wir nicht schlucken können.

Wir müssen auch sehen, daß die Freischichtenregelung weder für Auszubildende noch für Teilzeitkräfte gilt und damit die Gleichbehandlung und gewerkschaftliche Solidarität untergräbt!

Darum muß sofort das Schweigen um den Tarifvertrag gebrochen werden. Wir dürfen es nicht der Tarifkommission und deren Verhandlungsausschuß überlassen, im stillen Kämmerlein allein zu verhandeln. Es muß sofort eine breite und öffentliche Diskussion in Belegschaft und Vertrauenskörper über das Tarifergebnis begonnen werden.

„Referentenleitfaden der IG Metall"

Der Leitfaden, der von der IGM für die Schulungen der beiden nächsten Monate zusammengestellt wurde, wird mit Sicherheit innerhalb der gewerkschaftlichen Debatte um die Umsetzung von Tarifergebnissen eine wichtige Rolle spielen. Wir werden in den beiden nächsten Ausgaben des „Roten Morgen" daraus jeweils einige Auszüge veröffentlichen. Das Material wurde uns vom Koordinierungsausschuß der RGO zur Verfügung gestellt.

Leser, die den gesamten Leitfaden haben möchten, können ihn beim KO-Ausschuß der RGO (gegen Kosten für Fotokopien und Porto, zusammen 6,— DM) bestellen.

Motorradfahrer solidarisch!

Im Hause Quandt

BMW K100 RS.

Das „Motorrad des Jahres '83".

Erfolgskonzept

aber so?



– Wie beeinflußt man Betriebsratswahlen?
– Wie baut man sich einen Wunsch-Betriebsrat?
– Wie schafft man sich lästige Gewerkschafter vom Hals?

Auskünfte erteilt BMW-Chef Motorradwerk:

Hans Glas

Hans Glas
BMW AG
Am Juliusturm 14-38
1000 Berlin 20
Telefon 3396-1

So nicht!

Protest!

– Protest gegen die Entlassungen der 3 Gewerkschafts-Kollegen im BMW-Werk Berlin: R. Knirsch, P. Vollmer, H. Köbrich!

– Wiederholung der Betriebsratswahl!

Viele fahren gerne BMW — aber solche Methoden schaden dem Ruf!

V.i.S.d.P.: Solidaritätsinitiative im Motorradclub MC Kuhle Wampe

Ihre Solidarität mit den entlassenen BMW-Gewerkschaftern in Berlin drückten auch BMW-Faher aus, vom MC Kuhle Wampe. Dieses Flugblatt wurde zur „AAA 84" verteilt. Die Forderungen bleiben: Weg mit den Entlassungen, Wiederholung der Betriebsratswahl!

Parteiaktivitäten zur Tarifbewegung im öffentlichen Dienst

Achtung, Parteileitungen!

Zwar ist die ursprünglich von Zimmermann für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angekündigte „Nullrunde" vom Tisch. Dennoch bleibt die große politische Bedeutung dieser Tarifbewegung.

Das Politbüro der Partei hält es für notwendig, daß die Partei stärker als in den vergangenen Jahren in dieser Tarifbewegung für den öffentlichen Dienst aktiv wird — und zwar über den Kreis der Genossinnen und Genossen hinaus, die in Bereichen des öffentlichen Dienstes arbeiten. Dazu gehören auch zentrale Flugblätter der Partei. In den nächsten Wochen, in denen voraussichtlich die Verhandlungen noch andauern, soll mindestens ein RM-Extrablatt für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erscheinen. Falls es zu Streiks im öffentlichen Dienst kommen sollte, ist die Herausgabe einer Streikzeitung geplant.

Das erfordert seitens der örtlichen Parteileitungen und der Landesbezirksleitungen einige Vorbereitungen, weil Betriebe des öffentlichen Dienstes an den meisten Orten nicht zum normalen Verteilbereich gehören. Die örtlichen Parteiorganisationen müssen also relativ schnell überlegen, an welchen Betrieben, Verwaltungen usw. des öffentlichen Dienstes die Partei verteilen will und kann.

Wir bitten die Landesbezirksleitungen, die örtlichen Parteiorganisationen dabei zu unterstützen und dem zentralen Büro der Partei die benötigte Auflage für Parteiflugblätter zur Tarifbewegung im öffentlichen Dienst mitzuteilen.

Die Flugblätter werden so gestaltet sein, daß sie auch in den Innenstädten und Wohnvierteln zur Solidaritätsarbeit eingesetzt werden können.

Zentrale Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung.

ÖTV ruft zur Verweigerung von Kriegsvorbereitung im Gesundheitswesen auf!

Auf der Fortsetzung ihres Gewerkschaftstages hat die ÖTV in der letzten Woche u.a. einen Aufruf — den wir im folgenden dokumentieren — verabschiedet, der sich gegen die im Gesundheitsschutzgesetzentwurf enthaltenen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen richtet.

Mit dieser deutlichen Stellungnahme gegen das Vorantreiben der Kriegsvorbereitungsmaßnahmen ist insbesondere auch die Zusage des Rechtsschutzes in Verbindung zu sehen, der den ÖTVler verbunden, der wegen solcher Verweigerungsmaßnahmen in Schwierigkeiten gerät. Dies ist sicher eine notwendige und richtige Konsequenz zur tatsächlichen Unterstützung von solchen kollektiven Aktionen.

Man mag darüber streiten, ob denn im Kriegsfall eine solche kollektive Verweigerung möglich und erfolgversprechend ist. Unter dem Gesichtspunkt der Behinderung der psychologischen Kriegsvorbereitung — sowohl für einen konventionellen wie einen atomaren Schlagabtausch — ist dieser Aufruf sicher hilfreich.

Auch wenn es ein Mangel ist, daß die Betreiber des Gesundheitsschutzgesetzes — die Bonner Wendeparteien, die hinter ihnen stehenden entscheidenden Kapitalkreise, nicht konkret benannt werden, ist dieser Aufruf klar gegen ihre kriegsverschärfenden Maßnahmen gerichtet.

Die Gewerkschaft ÖTV lehnt jede Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall ab.

Sie lehnt jede Verpflichtung von Angehörigen der Gesundheitsberufe, von Laienhelfern und anderen zur Aus- und Fortbildung in Kriegsmedizin und zur organisatorischen Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Spannungsfall oder Kriegsfall ab.

Sie lehnt jede Planung und Durchführung der Räumung von Krankenhäusern und Heimen unter kriegsmedizinischen Gesichtspunkten ab.

Sie ruft die Selbstverwaltungsorgane der Krankenkassen auf, keinerlei Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall zu unterstützen oder zu finanzieren.

Sie ruft die Beschäftiten des Gesundheitswesens, die Laienhelfer und die Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf, ihre Teilnahme an kriegsmedizinischen Planungen, Schulungen und Übungen zu verweigern. Sie sagt ihren Mitgliedern dafür Rechtsschutz und Unterstützung zu.

Sie warnt alle Beschäftigten des Gesundheitswesens und alle Laienhelfer, sich auf kriegsmedizinische Übungen unter dem Vorwand der Katastrophenmedizin einzulassen und fordert sie auf, bei jeder Aus-, Fort- und Weiterbildung nach den Ursachen der Gefahren und nach den Möglichkeiten der Vorbeugung zu fragen.

Sie ruft die Beschäftigten des Gesundheitsberufe auf, ihr Wissen und Können in den Dienst der Kriegsverhütung zu stellen.

Begründung

Der Entwurf für ein Gesundheitsschutzgesetz ist ausdrücklich auch als Vorbereitung auf den Kriegsfall gedacht und wird mit der Behauptung begründet, daß im Ernstfall nicht funktionieren könne, was vorher nicht geübt sei. Sicher ist aber, daß trotz aller Übung das Gesundheitswesen im Kriegsfall nicht funktionieren wird. Nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) werden auch in einem begrenzten Atomkrieg in Europa viele Millionen Menschen sofort tot sein und weitere viele Millionen mehr oder weniger langsam auf grausame Weise sterben. Medizinische Hilfe wird nach den Feststellungen der WHO völlig unmöglich sein.

Auch ein „nur" mit konventionellen und chemischen oder bakteriologischen Waffen geführter Krieg in Europa, selbst wenn er nicht zu einem Kernwaffeneinsatz führt, wird zu ähnlich schrecklichen Folgen einschließlich radioaktiver Verseuchung weiter Gebiete führen und medizinische Hilfe unmöglich machen. Die einzig gerechtfertigte Maßnahme zur Vorsorge für die Leiden eines Krieges ist also die Verhinderung des Krieges selbst. Und die einzig gerechtfertigte Aufgabe der Mediziner ist die schonungslose Aufklärung über die Ohnmacht im Kriege.

ÖTV — gegen Kernkraft-Baustopp

Auf dem ÖTV-Kongreß wurde nach einer heftigen Debatte um die Frage der Nutzung der Kernenergie mit 371 zur 278 Stimmen der Leitantrag des Vorstandes angenommen, in dem auch für die Zukunft die Nutzung aller verfügbaren Energiequellen befürwortet wird.

Die Argumente der Kernkraftgegner innerhalb der ÖTV — belegt durch eine Vielzahl von Anträgen zu diesem Thema, fanden u.a. deshalb kein Gehör, weil etwa 10 Prozent der ÖTV-Mitglieder aus dem Bereich der Stromversorgungsunternehmen kommen und mit einem Organisationsgrad von über 90 Prozent die am besten organisierten Bereiche innerhalb der ÖTV sind.

Der Einsatz von M. Wulf-Mathies für den Leitantrag — indem sie u.a. vor der Gefahr warnte, daß die ÖTV in die politische Isolation geraten könne, wenn sie sich für den Ausstieg aus der Kernenergie einsetzen würde —, hat vor diesem Hintergrund wenig mit sachlichen Argumenten zu dieser Frage zu tun, als mit Opportunismus vor dem Macht- und Delegiertenblock dieses Bereichs — unabhängig von ihrer „persönlichen" Meinung zu dieser Frage.

ÖTV-Kongreß — Fortschritte in Frauenfragen

Dies ist der Eindruck, wenn man sich anschaut, welche Entscheidungen die über 700 Delegierten in einer Reihe wichtiger Fragen gegen die Empfehlungen der Antragskommission und damit gegen die Mehrheitsmeinung im Vorstand trafen.

Da ist einmal zu nennen die Forderung nach der generellen Aufhebung des Abteibungsverbots — im Gegensatz zur Empfehlung der Antragsprüfungskommission, die es bei der Fristenlösung lassen wollte. Damit wurde eine fortschrittlichere Position als bisher eingenommen — sowohl im DGB insgesamt als auch innerhalb der ÖTV. So hatte der ehemalige Vorsitzende Kluncker 1980 noch unter Verweis auf die der Einheitsgewerkschaft gesetzten Grenzen einen ähnlichen Antrag damals zum Scheitern verurbracht.

Eine zweite Entscheidung hat ebenfalls eine positive Wirkung — die Forderung, keine Schwangeren an Bildschirmgeräten einzusetzen. Gegen die Argumentation von männlichen Kollegen, es sei ja gar nicht endgültig erwiesen, daß diese Arbeit tatsächlich gefährlich sei, wurde völlig zu Recht entgegengehalten, daß entscheidend sei, daß die Unternehmer nicht in der Lage seien, die absolute Ungefährlichkeit nachzuweisen.

Die dritte Entscheidung ging um mehr innerorganisatorische Fragen. Hier wurde der Antrag angenommen, der sich für eine Bundesfrauenkonferenz — wie bei HBV, IGM, IG Druck und Papier schon vorhanden — aussprach.

Die Antragskommission hatte auch hier verloren — ihr Argument war in erster Linie, daß dies zu teuer sei — dem folgte die große Mehrheit der Delegierten nicht.

Lehren aus dem Metaller- und Druckerstreik — aus Unternehmersicht!

Während in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung auf verschiedensten Konferenzen innerhalb und außerhalb des DGB die ersten Lehren aus den Streiks gezogen werden, sind natürlich die Klassengegner nicht untätig.

So hat der FDP-Bundesvorstand den Entwurf eines liberalen Manifest an seine Untergliederungen versandt, in dem es u.a. heißt:

Angesichts des großen gesellschaftlichen Gewichtes der Tarifvertragsparteien aber auch anderer Verbände müssen geeignete Wege gefunden werden, negative Wirkungen ihrer Interessenvertretung auf die übrige Gesellschaft, auf nichtorganisierte Arbeitnehmer und Drittbetroffene wie Zulieferindustrien möglichst niedrig zu halten.

Deshalb müssen klare Regeln für Arbeitskämpfe geschaffen und mehr innerverbandliche Demokratie bei den Tarifparteien gesichert werden. Wir brauchen eine grundlegende und offene Diskussion, die zu freiwilligen Vereinbarungen führen muß, um gesetzliche Regelungen zu vermeiden. Ein gemeinsamer Verhaltenskodex kann zum Abbau von Einschüchterung, Gewalttätigkeiten und Machtmißbrauch bei Arbeitskonflikten beitragen.

Die Drohung mit einem Verbändegesetz bzw. Arbeitskampfgesetz ist also deutlich hörbar.

Ins gleiche Horn stieß jüngst der Präsident des Bundesarbeitsgerichts — ein Herr Kissel, der kundtat, er wünsche sich nichts sehnlicher, als einen „couragierten Gesetzgeber", der ihm die Arbeit des Entscheidens abnehme.

In diesen Chor reihte sich ein der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion — Herr Hauser —, der sich im „Handelsbaltt" u.a. so äußerte:

„Kernbereich der Tarifautonomie ist das Recht der Tarifpartner, ihre Vereinbarungen über Arbeitsentgelte und -bedingungen selbständig ohne staatliche Einwirkung zu treffen. Wird deshalb ein Arbeitskampf über diese Zielsetzung hinaus mit anderen Absichten befrachtet, die völlig außerhalb jeder tarifvertraglichen Regelungsfähigkeit liegen, so ergibt sich zwangsläufig eine Gefährdung der Tarifautonomie. Die hinter uns liegenden Streiks in der Druck- und Metallindustrie waren eindeutig auch politisch motiviert. Wenn ein Tarifpartner sein Recht zum Arbeitskampf durch die Übernahme politischer Forderungen ausweiten will, so darf er sich nicht wundern, wenn dies von anderen als Angriff auf die Tarifautonomie verstanden werden muß. Zugleich zeigt sich, daß die Tarifautonomie in unserem Lande nicht von außen gefährdet, sondern nur von innen ausgehöhlt werden kann.

Nehmen wir als Beispiel die Verhinderung des Erscheinens mißliebiger Zeitungen und Meinungen durch die IG Druck und Papier während des Druckerstreiks. Hier haben wir es mit der ganz bewußten Einschränkung des in der Verfassung verankerten Grundrechts des Bürgers zu tun, sich aus allgemein zugänglichen Quellen frei informieren zu können. Das bedeutet, daß sich ein Tarifpartner anmaßt, ein Grundrecht im Rahmen eines legitimen Arbeitskampfes ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen.

Um seinen Zielen den Anspruch der Demokratie und der allseitigen Ausgewogenheit zu geben, berichtet er davon, daß er dem Bundeskanzler die Einrichtung einer Kommission vorgeschlagen hat, die das gesamte Arbeitskampfrecht verfassungs- und verfahrensrechtlich definieren soll. Hinter den Worten von Nichteingriff in die Tarifautonomie bereitet man sich offensichtlich auf weitere Auseinandersetzungen gezielt vor.



Da paßt dann die Begründung eines Urteils des Landesarbeitsgerichts in Köln vom 2.7.1984.

Es ging in dieser Auseinandersetzung mit der IG Druck und Papier um Betriebsblockaden, Maßnahmen gegen Arbeitswillige usw. Mit folgenden Argumenten — die wir der Wichtigkeit wegen ausführlich dokumentieren — werden die Streikmaßnahmen der Drucker während der Tarifrunde als rechtswidrig gekennzeichnet:

- Vorrangiges Recht ist das „Recht am eingerichteten Betrieb";
- Behinderung von Streikbrechern ist Nötigung, verstößt gegen die Menschenwürde;
- Streikbruch ist durch das Grundgesetz garantiert.

Deutlich wird aus den politischen Initiativen, die die Wendeparteien ankündigen bzw. durchführen, wie aus der sie begleitenden Rechtsprechung, Arbeitersolidarität, effektiver Streik sollen gebrochen werden — Arbeiterrechte sollen weiter eingeschränkt werden.

Solche Aktionen seien eine Beeinträchtigung des Verfügungsanspruches des Unternehmens, der sich auf § 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB stütze. Diese Vorschrift schütze dem Wortlaut zwar nur das Eigentum, seit langem aber hätten Rechtsprechung und -lehre auch andere Rechte unter den Schutz dieser Vorschrift gestellt, insbesondere die absoluten Rechte im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB. Dabei sei schon frühzeitig erkannt worden, daß das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb zu diesen absoluten Rechten gehöre.

Zu Unrecht meine die IG Druck als Beklagte, daß das Unternehmen im Sinne von § 1004 Abs. 2 BGB gegenüber solchen Streikmaßnahmen duldungspflichtig sei, weil sich insoweit das verfassungsmäßig garantierte Streikrecht als das stärkere durchsetze.

Das LAG Köln betont in seinem Urteil, die Verfassung (Art. 9 Abs. 3 GG) schütze nur den Arbeitskampf und damit u.U. den Streik als eine Form des Kampfmittels. Daraus könne aber nicht geschlossen werden, mit dem Streik seien nun ihrerseits auch ohne weiteres die Streikmittel geschützt, die nicht zum Begriffskern des Streiks gehörten.

Betriebsblockaden seien also grundrechtsfern. Sie nähmen an der Verfassungsgarantie nicht teil und seien deshalb unzulässig. Sie dienten nicht der Planung und Durchführung der Arbeitsniederlegung, sondern lediglich der Produktionsstörung oder gar der Produktionsverhinderung. Die Produktionsstörung sei aber nicht das Kampfmittel, das verfassungsmäßig garantiert wäre. Das Unternehmen habe deshalb Anspruch auf Unterlassung solcher Blockaden. Es sei nicht duldungspflichtig, weil seinem Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb kein höherrangiges Recht entgegenstehe.

Das Unternehmen habe aber auch Anspruch auf Unterlassung der übrigen Behinderungen der Arbeitswege, Mitarbeiter, der Fahrzeuge und der Zeitungszusteller samt deren Kontrolle.

Teilweise handelte es sich bei diesen Maßnahmen um Straftatbestände gegen Dritte, die schon deshalb an der Verfassungsgarantie nicht teilnähmen. Insoweit unterliege auch die Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 3 GG den in Art. 9 Abs. 2 GG erwähnten Schranken der Strafgesetze. Das Streikrecht sei kein Rechtfertigungsgrund, der an sich strafbaren Handlungen ihre Strafbarkeit nähme.

Das gelt insbesondere für den Straftatbestand der Nötigung. Dieser sei bereits erfüllt, wenn der Arbeitswillige mit Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel daran gehindert werde, zur Arbeit zu gehen. Das gleiche gelte, wenn passierwilligen Kunden, Besuchern, Zulieferern, Auslieferern usw. der Weg versperrt werde.

Auch sofern Passierwilligen das Passieren nicht schlechthin unmöglich gemacht, sondern in unerträglicher Weise nur erschwert werde, müsse das Unternehmen dies nicht dulden, auch dann nicht, wenn insoweit Straftatbestände nicht erfüllt sein sollten. Denn nicht nur solche aus Anlaß des Streiks gegen Dritte eingesetzte Kampfmittel nähmen an der Verfassungsgarantie nicht teil, die strafbar seien, sondern auch solche, die höherrangige Rechte dieser Dritten verletzen, auch wenn diese nicht strafrechtlich bewehrt seien. Als Einflußnahme auf den Arbeitswilligen seien nur gütliches Zureden und Appell an die Solidarität erlaubt.

Zwar müßten die Arbeitswilligen die Unannehmlichkeiten des Durchschreitens zwischen Streikposten hinnehmen. Ein Versperren des Weges sei jedoch ebensowenig erlaubt wie Beleidigung und Tätlichkeiten.

Zu solch rechtswidrigen Behinderungen zählen weiterhin sog. Streikbrechergassen in einer Form, die dem Passierenden nicht die Möglichkeit menschenwürdigen Gehens lasse, etwa durch Bildung von übermäßig langen und engen Streiktoren, von Serpentinen und sog. Laubengängen und ähnlichen Maßnahmen. Weiter zählten zu solchen Rechtswidrigkeiten Menschenmauern, Kontrollen zur Personenfeststellung oder Visitationen.

Das LAG Köln: „Solche Maßnahmen verletzen unmittelbar die Freiheitsrechte des Dritten sowie sein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf Achtung seiner Menschenwürde." Sofern diese rechtswidrigen Maßnahmen sich gegen arbeitswillige Arbeitnehmer richteten, dürften sie auch deshalb das Maß nur verbaler Einwirkungsversuche nicht überschreiten, weil Art. 9 Abs. 3 GG auch die negative Koalitionsfreiheit garantiere, d.h. das Recht, sich einer bestehenden Vereinigung und deren Aktionen zu verweigern.

Der Arbeitskampf habe sich zwischen den Kontrahenten abzuspielen. In diesem Spannungsfeld seien Rechtsbeeinträchtigungen in bestimmtem Rahmen tendenziell hinzunehmen. Sie fänden ihre Legitimation in der eingenommenen Gegnerposition. „Anders der Dritte: Seine Rolle bringt keine Legitimation zum Angriff."

Streikunwillige dürften nicht zur Zwangssolidarität genötigt werden. Es sei nicht gerechtfertigt, wenn eine Gewerkschaft den Mangel an Mächtigkeit kompensieren wolle durch Aufnahme illegaler Methoden in die Kampfpraxis oder durch Verbreiterung der Basis durch zwangsweise Angliederung Solidaritätsunwilliger, durch die Vereinnahmung Nicht-Streikwilliger in eine Art Zwangssolidarität.

IGM-Vorstand — Flexibilisierung Jein?!

Diesen Eindruck hat man, schaut man sich die verschiedenen Stellungnahmen des IGM-Vorstandes zu dieser Frage an.

Während die Abteilung Tarifpolitik — zuständig Jansen — in ihrem 100-Seiten-Referentenleitfaden klar und eindeutig von der 38,5-Stunden-Woche für alle spricht, wird vom Vorsitzenden Mayr und vom für Vertrauensleute zuständigen Dieckerhoff für die Flexibilisierung gesprochen.

Dieckerhoff meldet sich mit folgendem Beitrag zu Wort:

„Zwar braucht niemand zu erwarten, daß Arbeitnehmervertretunden und Gewerkschaft von sich aus im Betrieb eine Flexibilisierungsdebatte eröffnen. Wo jedoch Arbeitgeber flexible Arbeitszeiten wünschen, müssen sie selbstverständlich damit rechnen, daß auch die Arbeitnehmer sich darüber Gedanken machen und in Verhandlungen und notfalls auch Einigungsstellenverfahren dies durchzusetzen versuchen."

Und Mayr verkündet in der „Metall", der Mitgliederzeitung der IGM:

„Für unterschiedliche Gruppen von Arbeitnehmern unterschiedliche Arbeitszeiten zu vereinbaren, die sich zu einer durchschnittlichen Betriebsarbeitszeit von 38,5 Stunden in der Woche addieren, ist in der Tat schwierig zu verwirklichen. (...) Diese absolut notwendigen Hinweise bedeuten aber nicht die Ablehnung von Vereinbarungen mit dieser Art von Arbeitszeitverkürzung."

Es bleibt dabei: Für die klassenkämpferischen Gewerkschafter steht nach wie vor die Aufgabe, auch gegen diese Vorstandsäußerungen, daran festzuhalten: 38,5-Stunden-Woche für alle!!!

HBV kündigt die Manteltarifverträge zum 31. 12. 84

Ziel der in allen elf regionalen Tarifbereichen der HBV für den Einzelhandel gekündigten Manteltarife ist es, die 35-Stunden-Woche zu erreichen.

Zur Begründung führt die HBV an, daß in diesem Bereich in den letzten Jahren durch neue Technologien über 150000 Arbeitsplätze vernichtet worden sind. Gleichzeitig wurde in erheblichem Umfang von Vollzeitarbeitsplätzen auf Teilzeitarbeitsplätze umgestellt. Dazu kommt, daß die Unternehmer planten bis 1990 weitere mindestens 15 Prozent der Beschäftigten abzubauen.

Dem müsse die HBV mit einer eigenen Strategie entgegentreten — dies sei die Arbeitszeitverkürzung. Die Forderung der HBV soll verwirklicht werden durch freie Tage. Zur Begründung dieser Form der Umsetzung sagte Dieter Steinborn, 2. Vorsitzender der HBV:

„Die roulierenden Freizeitsysteme im Einzelhandel waren schon immer das bewährte Instrument zur Verteilung der Arbeitszeit — auch bei der Verkürzung von 48 auf 40 Stunden in der Woche."

Für die Teilzeitbeschäftigten fordert die HBV erhöhte Einkommen, für die Fälle, in denen die Arbeitszeit nicht verkürzt wird.

Insgesamt sind über 2 Millionen Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel beschäftigt.

Unterwegs

Durch 50 Städte zog der Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik. Wir können nicht über alles berichten, was geschah. Deshalb auch in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" Berichte aus einigen wenigen Orten, stellvertretend für alle.

In Bochum war der Marsch am 8. 10. mittags vor dem Rathaus, nachmittags vor dem Schauspielhaus, wo das Ensemble des Schauspielhauses die Marschierer mit Schauspielszenen zum Thema begrüßte. Höhepunkt in Bochum war zweifellos die Demonstration vor der Landeszentrale der NPD in Wattenscheid. Etwa 200 Leute nahmen teil. Zu Beginn der Demonstration versuchten einige Skinheads, die sich in der Landeszentrale der NPD aufhielten, herauszustürmen. Polizei, die das Haus abgesperrt hatte, verhinderte das aber. So beschränkten sich die Faschisten darauf, mit dem Abspielen der Nationalhymne die Kundgebung zu stören.



Leverkusen: Diesmal wird mit Kapelle demonstriert

Mülheim

Bei der Demonstration in Mülheim ging es unter anderem durch eine Straße, in der fast ausschließlich Ausländer wohnten. Hier waren praktisch alle Fenster besetzt. Die Zustimmung für den Marsch war sehr groß. Und es blieb nicht bei Zurufen und Diskussionen am Straßenrand. Zwei türkische Marschteilnehmer packten ihre Instrumente aus und dann tanzten die Marschteilnehmer und die Kinder dieses Viertels gemeinsam auf der Straße.

In Mülheim ging der Marsch übrigens nicht nur vor das Ausländeramt der Stadt, sondern hinein. Warum? Weil das Ausländeramt Mülheim als das ausländerfeindlichste im gesamten Ruhrgebiet gilt, das überall da, wo bei den Bestimmungen zum Ausländerrecht ein Ermessensspielraum offenbleibt, diesen ausschließlich gegen die ausländischen Mitbürger interpretiert. Geplant war, dem Leiter des Ausländeramtes eine entsprechende Dokumentation zu übergeben. Er war aber nicht da. Also suchte man den Stellvertreter. Sein Kommentar zu dem Ganzen: erstens sei er nicht zuständig, zweitens habe er keine Ahnung…

An der anschließenden Kundgebung in der Innenstadt beteiligten sich dann ca. 200 Leute. Es gab Kultur, Musik und viele gute Gespräche mit Passanten.

Duisburg

In Duisburg kam der Marsch am 10. 10. abends an. An der Demonstration beteiligten sich ca. 500 Menschen. Auch die anschließende Kulturveranstaltung bei der u. a. Frank Baier und Mesut Cobancaoglu gemeinsam auftraten, war gut besucht.

Am nächsten Morgen legten die Marschteilnehmer an dem Haus in der Wanheimer Straße in Duisburg, wo vor einiger Zeit sieben Türken das Opfer einer Brandstiftung wurden, einen Kranz nieder.

Anschließend fand eine Kundgebung statt unter dem Motto „Betriebsräte von Mannesmann begrüßen den Marsch". Auch bei der Kundgebung am Abend vorher hatte schon ein Betriebsrat von Mannesmann gesprochen. Aber weder er noch sein Kollege, der an diesem Tag sprach, ging auch nur mit einem Wort auf die Ausländervertreibungspolitik der Mannesmann-Kapitalisten ein. Das blieb einem Sprecher der Duisburger Initiative überlassen, die den Marschempfang organisiert hatte. (Er zeigte sich dann allerdings bei Gesprächen, die Marschteilnehmer am Rande der Kundgebung mit einigen der zahlreich erschienenen Betriebsräte von Mannesmann führten, daß eine ganze Reihe von Betriebsräten es inzwischen falsch findet, daß seinerzeit nichts gegen die Abfindungsaktion bei Mannesmann unternommen wurde.)

Die Marschteilnehmer besuchten dann noch den Stadtteil Hüttenheim, wo sie von einer Sprecherin der Initiative „Rettet Hüttenheim" empfangen wurden und auch ihrerseits ihre Solidarität bekundeten. Bleibt noch zu erwähnen, daß ein Teil der Aktivitäten in Duisburg auch von einem Fernsehteam begleitet wurde.


Mülheim: Tanz auf der Straße

Troisdorf

Ca. 200 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration von Siegburg nach Troisdorf. Dort hatte der DGB sich nicht nur mit dem Marsch solidarisch erklärt, sondern die örtlichen Aktivitäten auch organisiert. Eine Kundgebung und ein internationales Fest fanden statt. Besonders auffällig war, daß sich hier sehr viele Nationalitäten beteiligten. In Troisdorf gilt auf jeden Fall, daß ohne den Marsch Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit, wie sie an diesem Tag stattfanden, nie stattgefunden hätten.

Bonn

Kurz vor Bonn trafen der Südzug und der Nordzug des Marsches zusammen. Es bildete sich ein Konvoi von 25 Autos. Zu einem Empfang des Marsches von Mitgliedern der Fraktion der Grünen oder der SPD im Bundestag, auf den viele Marschteilnehmer gehofft hatten, kam es aber nicht. Es blieb bei der „normalen" Kundgebung in der Stadt, wo die Marschierer vom örtlichen DGB-Geschäftsführer begrüßt wurden.

Daß dann doch noch ein Mitglied des Bundestages das Wort ergriff, lag mehr am Zufall bzw. an den scharfen Augen der Marschierer. Die entdeckten nämlich im Verlauf der Kundgebung den grünen Abgeordneten Joschka Fischer unter den Zuschauern, als er gerade wieder gehen wollte… Was er dann, nachdem er u. a. über das Niederlassungsrecht für Ausländer gesprochen hatte, sagte, erregte dann — gelinde gesagt — doch einiges Erstaunen. Zitat Joschka Fischer: „Je stärker die grüne Bewegung, desto stärker die Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit." Wozu man eigentlich nur wissen muß, daß sich der Bundesvorstand der Grünen bis zum letzten Tag nicht aufraffte, den Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik zu unterstützen…



Diskussion mit Passanten — unter den Augen von Zimmermann



Interview mit einem grie

Zwei Tage nach Beendigung des Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik sprach der Rote Morgen mit Nikos, einem griechischen Marschteilnehmer.

RM: Nikos, Du warst bei dem Südzug des Marsches dabei. Wie bist Du dazu gekommen, bei dem Marsch mitzumachen?

Nikos: Naja, ich bin Grieche, Student, seit ein paar Jahren in der Ausländerarbeit tätig, unter anderem im Vorstand der Interessengemeinschaft ausländischer Mitbürger in Baden-Württemberg und seit zwei Jahren beim Frankfurter Appell. Und nachdem wir dort den Marsch beschlossen hatten, wollte ich natürlich auch mitmachen.

RM: Der Marsch wurde beschlossen, nachdem die Pläne von Zimmermann zur Verschärfung des Ausländerrechts auf dem Tisch lagen. Wie sieht das jetzt, nach dem letzten Kabinettsbeschluß, damit aus?

Nikos: Das Kabinett hat beim Nachzugsalter für Kinder — sollte anfangs von 16 auf 6 Jahre heruntergesetzt werden — und beim Nachzug von Ehegatten einen Kompromiß, oder vielleicht besser, einen Aufschub, beschlossen. Aber Zimmermann hat eine ganze Palette von Verschärfungen noch in der Schublade — die politische Betätigung für Ausländer soll eingeschränkt werden bis zum völligen Verbot; wenn ein Ausländer Sozialhilfe beansprucht, soll er generell ausgewiesen werden; bei Verstoß gegen bestimmte Strafbestimmungen soll sofort ausgewiesen werden, auch das Asylrecht soll weiter eingeschränkt werden…

RM: Der Kampf muß also fortgesetzt werden. Aber bevor wir darüber sprechen, was nach dem Marsch passieren soll, laß uns noch mal über den Marsch sprechen. Erzähl mal ein bißchen vom Südzug.

Nikos: Der Start für unsere Marschsäule war in München, dann ging's nach Nürnberg. Aber die Städte, in denen wir waren, sind euch ja sicher bekannt. Ich will nur von ein paar besonderen Sachen erzählen. In Zirndorf haben wir das Asylantenlager besucht. Wir waren da auch im Schwimmbad, weil es dort eine Bestimmung gibt, daß Asylanten „aus hygienischen Gründen" nicht baden gehen dürfen. Später haben wir auch das Asylantenlager in Wangen (Stuttgart) besucht, da wurden wir auch von der Fraktion der Grünen und vom Stuttgarter Stadtdirektor begrüßt.

RM: Wie war es denn sonst mit der Reaktion offizieller Stellen auf den Marsch?

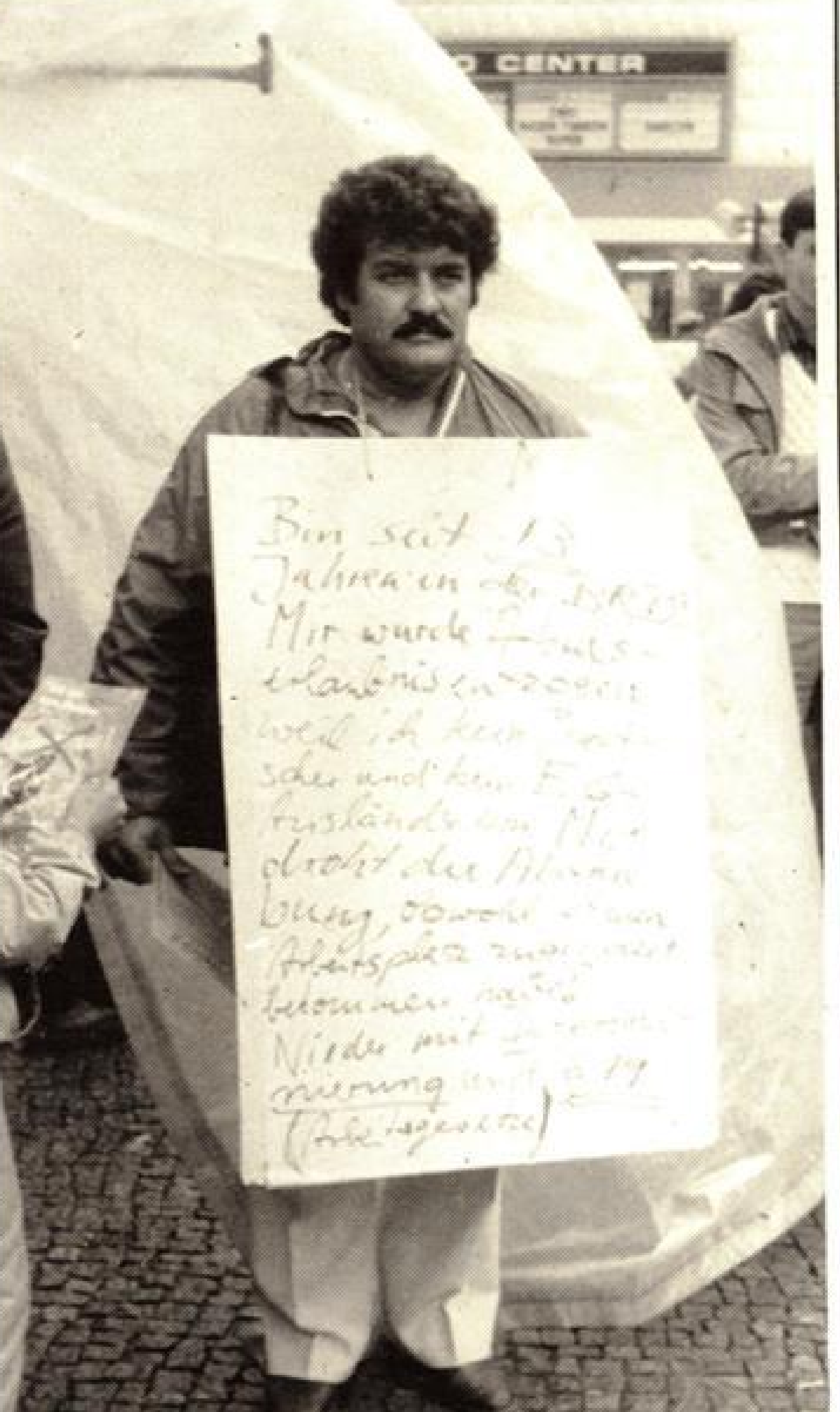
Nikos: Wir sind auch in Wiesbaden vom hessischen Landtag, genauer von der Fraktion der Grünen und der SPD empfangen worden. Wir haben da diskutiert und zwei Fälle von Asylsuchenden vorgebracht. Die beiden waren auch dabei. Mit einem vorläufigen Erfolg. Denn die entsprechende Kommission des Landtags wird sich jetzt damit befassen. Im Römer in Frankfurt sind wir ebenfalls von den Fraktionen der Grünen und der SPD begrüßt worden. Die haben gesagt, sie würden eine Presseerklärung zur Unterstützung des Marsches herausgeben.

RM: Und ist das passiert?

Nikos: Das weiß ich nicht. In Kassel sollten wir ursprünglich vom Oberbürgermeister empfangen werden, der war aber nicht da, sondern stattdessen ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

RM: Wie war denn an den Orten so die Unterstützung für den Marsch?

Nikos: Wir fanden es gut, daß die Gewerkschaften und auch



Arbeitserlaubnis entzogen, drohende Abschiebung — ein Einzelfall?


Bochum: Abends v


Ein Schnappschu



...chischen Marschteilnehmer

einzelne Kreis- und Ortsverbände der SPD uns unterstützt haben. Aber sie waren nicht voll dabei. Wir konnten feststellen, daß die örtlichen Aktivitäten — Kundgebungen, Demonstrationen, Veranstaltungen — vor allem von denen getragen waren, die entweder selbst betroffen waren oder irgendeinen Kontakt zu Ausländern haben. Getragen wurden die Aktivitäten von denen, die irgendwie in der Ausländerarbeit drinstecken. Breite Massen, wie man immer so sagt, waren nicht da. Hier muß man sehen, wie man einen Schritt weiterkommen kann.

RM: Wieviel Leute waren denn im Durchschnitt in den Orten da?

Nikos: In Stuttgart 500—700, in München und Nürnberg um 300, in den anderen Städten weniger.

RM: Wenn Du jetzt rückblikkend überlegst, hat der Marsch was gebracht — auch gemessen an Deinen eigenen Erwartungen?

Nikos: Wir hatten uns am Anfang nicht vorgestellt, daß wir Tausende oder gar Hunderttausende auf die Beine bringen würden. Unsere Absicht mit dem Marsch war: Erst mal Protest zum Ausdruck zu bringen, dann Fälle zusammenzustellen von Leuten, die betroffen sind — wir haben sehr viele Fälle zusammengestellt und werden davon eine Dokumentation machen. Wir haben auch, und das hat der Marsch vor allem gebracht, in sehr vielen Städten breite Bündnisse zusammengekriegt und Initiativen, von denen man sagen kann: ohne Marsch würde es das nicht geben. Jetzt müssen wir dafür sorgen, daß hier nach dem Marsch nicht Schluß ist, sondern weitergemacht wird.

RM: Wie war denn die Stimmung unterwegs, bei den Marschierern?

Nikos: Die Stimmung war gut. Wir hatten etwas befürchtet, daß es unter den Leuten, die ja von verschiedenen politischen Gruppierungen kamen, Auseinandersetzungen geben könnte, aber das war nicht der Fall. Jedenfalls bei uns nicht. Man hat sich, wenn, solidarisch auseinandergesetzt.

RM: Wer ist denn mitgegangen bei dem Marsch?

Nikos: Bei uns vor allem Ausländer, hauptsächlich Türken. Wir waren am Schluß ungefähr 30 Leute und davon waren drei Viertel Türken, der Rest Deutsche.

RM: Und Du natürlich. Haben griechische Organisationen offiziell mitgemacht?

Nikos: Ja, der Bundesverband griechischer Gemeinden. Andere Nationalitäten waren nicht so stark vertreten.

RM: Nach 14 Tagen Marsch ward Ihr dann wahrscheinlich ziemlich kaputt.

Nikos: Ja, es war sehr anstrengend. Aber der Abschlußtag war sehr gut. Vor allem auch das Abschlußkonzert in der Sporthalle. Insgesamt war dieser Tag ein großer Erfolg, jetzt kann man sicher auch mit den Kritikern des Marsches noch einmal neu diskutieren, daß es richtig war, den Marsch zu machen.

RM: Weißt Du schon, wie es weitergehen wird?

Nikos: Das werden wir Ende November auf der nächsten Sitzung des Koordinationsausschusses vom „Frankfurter Appell" besprechen. Und nach meiner Meinung muß man da auch besprechen, daß einige Organisationen diesen Marsch bzw. das Bündnis nicht wirklich ernst genommen haben. Ich will hier keine Namen nennen, aber das muß auch diskutiert werden.

RM: Vielen Dank, Nikos, und weiterhin viel Erfolg.

Lange mußten die Organisatoren des Marsches zittern: Kommen genügend Leute in die 8000 Menschen fassende Kölner Sporthalle oder nicht? Rund 7000 Menschen kamen, und es wurde ein „krönendes" Abschlußkonzert für den Marsch.

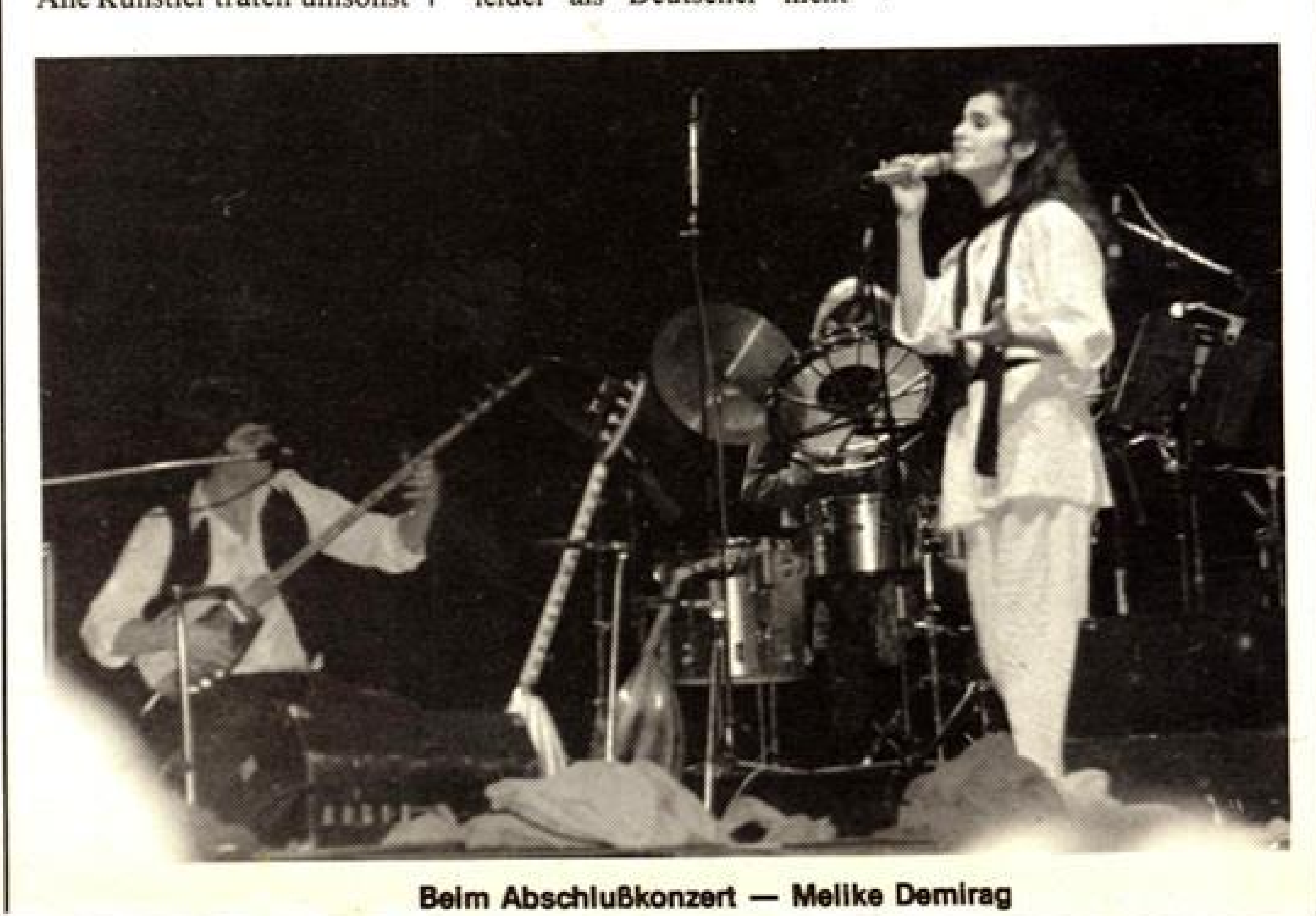
Daß so viele kamen, ist natürlich nicht zuletzt BAP und Udo Lindenberg zu verdanken. (BAP hatte über SWF 3 melden lassen, daß das Konzert in der Sporthalle das einzige BAP-Konzert ist, das noch nicht ausverkauft ist).

Auffallend bei diesem Konzert, dessen „Strickmuster" von ähnlichen Konzerten der Friedensbewegung oder aus dem Kampf um die 35-Stunden-Woche bekannt war, sind zwei Punkte: 1. Alle Künstler traten umsonst auf, 2. Es war eine sehr politische Veranstaltung. Zum letzteren trug besonders die gute Rede des „Frankfurter Appells" sowie die Künstler Renan Demirkan und Udo Lindenberg bei. Renan führte durchs Programm und „ließ dabei politisch gute Sachen ab" (Zitat Udo) und Udo Lindenberg kam ohne Panik-Orchester, dafür aber als Redner. („Ich hab hier ein paar Zeilen aufgetippt, die will ich mal loslassen ...") Und Udo „ließ" wirklich gute Sachen zum Thema „los". Besonders scharf ging er mit der SPD ins Gericht, die sich nach Udos Meinung als stärkste Oppositionspartei gefälligst für die Ausländer stark machen soll.

Künstlerisch und wohl auch politisch (konnte ich leider als Deutscher nicht verstehen) herausragend war der kurdische Sänger Sivan, der ganz alleine mit dem Saz die Halle zum Toben brachte. Toll auch, daß BAP kostenlos volle 90 Minuten spielte.

So war nicht nur gut und ermutigend, daß rund 7000 kamen, eine begeisternde Stimmung herrschte, sondern auch die Tatsache, daß nahmhafte Künstler wie: Melike Demirag, Sivan, BAP, Cen Karaca, Renan Demirkan, Serjo Vesely, Herbert Grönemeyer, Ina Deter, Titi Winterstein, Klaus Lage, Udo Lindenberg sich für die Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus stark machten. Diese Tatsache muß bei weiteren Aktivitäten genutzt werden.

Gelungener Abschluß



Beim Abschlußkonzert — Melike Demirag

Podiumsdiskussion in der neuen Mensa in Köln

Podiumsdiskussion in der neuen Mensa in Köln. Zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über verschiedene Aspekte des Kampfes gegen die Ausländerfeindlichkeit: über das bestehende Ausländergesetz und seine Geschichte, über den jüngsten Kabinettsbeschluß in Sachen Ausländerpolitik, über das Asylrecht, über die französischen Erfahrungen im Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit usw.

Was uns besonders interessant erschien: 1. der Beitrag einer türkischen Teilnehmerin, die sich scharf dagegen wandte, daß nach dem deutschen Ausländerrecht Frauen überhaupt keine eigene Existenzberechtigung haben, sondern lediglich als „Familienmitglieder" zählen. Ihre Forderung: eigene Aufenthaltung für Ausländerinnen — ohne Vorbedingung sowie Gleichberechtigung bei der Arbeitsaufnahme. 2. der Beitrag von Reiner Roth aus Frankfurt, der die doppelte Staatsbürgerschaft für die ausländischen Einwanderer forderte und sich insbesondere gegen die Auffassung wandte "erst Integration, dann politische Rechte". Seine Forderung: gleiche politische Rechte für Ausländer — ohne jede Vorbedingung.

... gemeinsam gefeiert



Nach einem langen Tag für die Marschteilnehmer — Übernachtung in einer Sporthalle



...n der Kölner Demonstration



Abschlußkundgebung auf dem Domplatz

Abschlußkundgebung auf dem Roncalli-Platz am Kölner Dom. Es sprachen u.a.: Teilnehmer des Marsches, Werner Welskop, Vertrauensmann von Opel/Rüsselsheim, Christian Delorme, Arbeiterpriester aus Lyon, der über den „Marsch gegen Rassismus" sprach, der im letzten Jahr in Frankreich stattfand, Hassan Öner, (einer der beiden türkischen Antifaschisten, die in Hannover wegen versuchten Totschlags angeklagt und monatelang in U-Haft gehalten worden waren, jetzt aber freigesprochen werden mußten), ein Vertreter des ANC und Kay Sutcliffe, eine Vertreterin der britischen Bergarbeiterfrauen.



Doppelte Staatsbürgerschaft für ausländische Einwanderer — eine Forderung der KPD

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Falsche Zahlen

Betr.: Lehrstellen her ..., RM 40/84

Liebe Genossen,
erst mal finde ich es gut, daß sich die Partei intensiver um den Kampf für zusätzliche Ausbildungsplätze einsetzen will. Dennoch komme ich nicht umhin, feststellen zu müssen, daß ihr euch bislang mit dem Thema nicht sehr genau beschäftigt habt. Der Artikel übernimmt unbesehen die Zahlen der Bundesregierung, die z. T. außerordentlich falsch sind.

Der DGB nennt im Berufsbildungsbericht 1984 eine voraussichtliche Zahl von 1720000 ausbildungsplatz- und studienplatzsuchenden Jugendlichen. Dem stehen nicht einmal 1,1 Mill. Ausbildungs- und Studienplätze gegenüber, d. h. tatsächlich fehlen rund 600000 Ausbildungs- und Studienplätze. Nun sind natürlich nicht alle Jugendlichen arbeitslos. Ein großer Teil besucht eine der diversen Maßnahmen an den Berufsschulen wie Berufsgrundbildungsjahr (schulisch), Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschule und dergleichen mehr. Eine geringe Zahl von Jugendlichen wird in Förderlehrgänge der Bundesanstalt für Arbeit abgeschoben, in denen sie meist nichts Sinnvolles lernen, aber sie so aus der Statistik herausfallen. Wenn man all diese Jugendlichen zu den Ausbildungs- und Studienanfängern hinzuzählt, dann kommt man auf die Zahl von über 200000 fehlenden Lehrstellen, die Ilse Brusis vom DGB genannt hat. Allerdings sei hier noch erwähnt, daß die tatsächliche Zahl noch etwas höher liegen wird, da die Berechnungsmethoden des DGB eine zu niedrige Altnachfrage (Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen und schon vor 1984 die Schule beendet haben) annehmen.

Hier sei auch noch kurz beschrieben, wie die Bundesregierung auf die Nachfrage von 770000 Ausbildungsplätzen kommt. Es werden einfach die neu besetzten Ausbildungsplätze im dualen System und die von den Arbeitsämtern unvermittelten Bewerber zusammengezählt. Aus dem Arbeitsamtsbezirk, aus dem ich komme, ist mir bekannt, daß von 13000 Ratsuchenden bei der Berufsberatung nur 5800 in die Bewerberstatistik aufgenommen wurden (Beratungsjahr 82/83). Auch wenn nicht alle Ratsuchenden bei der Berufsberatung einen Ausbildungsplatz suchen (z. B. Studienberatung), so ist doch klar, daß hier bereits im Vorfeld die Zahlen gefälscht werden. Allein durch die Beschränkung auf das duale System und durch die völlig unvollständigen Nachfragezahlen, wird sichtbar, wie falsch die Behauptungen der Bundesregierung sind.

Um das hier Genannte kurz zusammenzufassen. Es fehlen in diesem Jahr rund 600000 Ausbildungs- und Studienplätze. Ohne jegliche Versorgung durch das berufliche Bildungssystem blieben über 200000 Jugendliche. Während die Bundesregierung behauptet, nicht mal 10 Prozent der Jugendlichen hätten keine Ausbildung, sind es in Wirklichkeit über 30 Prozent oder jeder dritte Jugendliche.

Aber selbst die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist mit Vorsicht zu genießen. Dies sind die zum 1. 10. gemeldeten Ausbildungsverträge bei den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern. Nicht dabei sind die Ausbildungsverträge, die wieder durch Probezeitrausschmiß oder aus anderen Gründen wieder wegfallen. Insgesamt lag die Zahl der Vertragsauflösungen der 1982 begonnenen Ausbildungen bei über 14 Prozent oder jeder 7. Ausbildung. Besonders hoch sind die Vertragsauflösungen in den typischen „Frauenberufen". Im neuen Berufsbildungsbericht 84 sind sie deshalb nicht mehr nach Berufen ausgewiesen. Im „Spitzenausbildungsberuf" für Mädchen lag bei den 1981 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen die Zahl der Vertragsauflösungen bei bundesweit 32,1 Prozent, bei den an zweiter Stelle liegenden Verkäuferinnen lag die Zahl in der ersten Stufe bei 18 Prozent, bei den Nahrungsmittelverkäuferinnen über 25 Prozent.

Wie düster insgesamt die Aussichten für Mädchen auf eine qualifizierte Ausbildung sind, zeigen einige weitere Beispiele. 70 Prozent der Frauen werden in nur 15 Berufen ausgebildet. An der Spitze liegen Frisöse und Verkäuferin. In dieser Spitzengruppe der Frauenberufe konnten Arzt- und Zahnarzthelferin, Bankkauffrau, Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen Zuwächse an Ausbildungsplätzen verzeichnen. Bis auf Bankkauffrau sind dies alles Kurzausbildingen (2—2 1/2 Jahre), bei den Bankkauffrauen haben über ein Drittel (Fach-) Abitur. In den Warteschleifen der Berufsschulen und an den Fachoberschulen liegt vielfach der Frauenanteil deutlich über dem der Jungen, eben weil Frauen keine Lehrstelle bekommen, und unter den offiziell unvermittelten Jugendlichen waren 2/3 Frauen.

Für ausländische Jugendliche sieht das ganze noch viel schlechter aus, nur habe ich hier keine konkreten Angaben.

Soweit mal einiges an Zahlenmaterial. Eure Einschätzung über die Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes ist ja wohl etwas daneben. In der Zeit des alten JArbSchG wurden gerade die neuen Lehrstellen geschaffen. Hier geht es nicht um mehr Lehrstellen sondern ausschließlich um die bessere Ausbeutung der Lehrlinge. Damit ist übrigens auch ein Arbeitsplatzabbau von ausgebildeten Kolleg/inn/en in diesen Berufen zu erwarten, weil die Lehrlinge jetzt voll eingesetzt werden können, was vorher nur eingeschränkt möglich war. Gleichzeitig sinken natürlich die Übernahmechancen nach der Lehre noch weiter ab.

Übrigens, wenn wir heute die Ausbildung für alle Jugendlichen fordern, dann fordern wir auch, daß über den kapitalistischen Bedarf ausgebildet wird. Deshalb ist die Forderung nach Übernahme nach der Lehre ebenso wichtig. Hier liegt übrigens eine große Schwierigkeit, wenn man eine staatliche Berufsausbildung fordert.

Jetzt zu den Forderungen. An erster Stelle über allen Forderungen muß die nach einer qualifizierten und zukunftsorientierten Ausbildung für alle Jugendlichen stehen. Dabei reicht es allerdings nicht aus, daß rein quantitativ genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind, sondern das Angebot muß auswahlfähig und regional ausreichend sein. Um den Bedarf tatsächlich festzustellen, müssen regionale Berufsausbildungsbilanzen (Feststellung des tatsächlichen Bedarfs und der tatsächlichen „Versorgung") erstellt werden. Weiterhin muß klargemacht werden, daß jeder Jugendliche einen Anspruch auf eine berufliche Ausbildung hat. Ob er dieses „Recht" dann wahrnimmt, ist seine ganz persönliche Entscheidung.

Dieser Ausgangspunkt ist auch bei der Forderung nach einer Umlagefinanzierung der Berufsausbildung wichtig. Es geht hier auch nicht um eine Ausbildungsplatzabgabe allein, sondern eben um eine Umlage. Wer nicht oder zuwenig ausbildet, soll zahlen, von diesem Geld werden dann die zusätzlichen Ausbildungsplätze in Ausbildungszentren und anderen Betrieben geschaffen. Nur aus diesen Geldern sollten staatliche Ausbildungszentren finanziert werden.

Fragwürdig halte ich die Forderung nach alleiniger Ausbildung in Großbetrieben und in Ausbildungszentren. Die entscheidende Frage hier ist doch vielmehr, die nach den genauen Inhalten der Berufsausbildung. Großbetriebe allein garantieren doch keine gute Ausbildung, genausowenig wie überbetriebliche Ausbildungszentren. Eine genaue Festschreibung der Ausbildungsinhalte und der Formen ist hier m. E. wesentlich wichtiger.

Wie sieht es nun mit der Forderung nach einer Verstaatlichung der Berufsausbildung aus. Eine Verstaatlichung der Ausbildung ähnlich der Schule halte ich für zumindest fragwürdig. Erst mal bin ich gegen eine Ausbildungspflicht für Jugendliche. Weiterhin sehe ich die große Gefahr, daß bei einer Verstaatlichung die Kosten der Ausbildung von den Betrieben auf den Steuerzahler und die Eltern abgewälzt werden, wie es jetzt schon im BGJ und in der Berufsfachschule der Fall ist. Außerdem bringt dies eine weitere Trennung von Auszubildenden und Kolleg/inn/en mit sich. Tarifverträge für staatliche Ausbildung? Auch aus gewerkschaftlicher Sicht halte ich die staatliche Ausbildung für problematisch, denn immer noch ist die Gewerkschaftsjugend außerordentlich wichtig und notwendig für die Gewerkschaften. Sicher sind hier andere Strukturen vorstellbar, aber bei diesem DGB und seinen Einzelgewerkschaften nur schwer durchsetzbar.

Und als letztes fällt mir die oben schon angerissene Problematik der Übernahme ein. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß eine staatliche Berufsausbildung allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren wird, es sei denn, man fordert eine Ausbildungspflicht, wie die Schulpflicht.

Als Alternative zur Ausbildungspflicht durch den Staat sehe ich deshalb die Ausbildungsverpflichtung für die Unternehmer und die Umlagefinanzierung für die Berufsausbildung. Zur Bedarfsermittlung müssen rechtzeitig jedes Jahr regionale Berufsbildungsbilanzen erstellt werden. Ich weiß, daß dies nicht unbedingt agitatorisch die günstigsten Forderungen sind. Aber nach eingehender Beschäftigung mit der Ausbildungssituation halte ich diese Forderungen, wie sie auch von der IGM und anderen DGB-Gewerkschaften aufgestellt werden, für richtig.

Jan.

Spendenliste
Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für die KPD	
KPD Westfalen-Lippe	266,—
KPD Hessen	219,—
KPD Westberlin	190,—
KPD Weser-Ems	221,—
KPD Westfalen-Lippe	200,—
C. u. W. H., München	200,—
C. u. T. H., Lübeck	150,—
E. u. E. H., Bremen	150,—
B., Stuttgart	11,—
Z., Krefeld	18,—
V. V., München	99,90
KPD Gelsenkirchen	130,—
KPD Recklinghausen	30,—
insgesamt	2768,90

Damit sind seit Jahresanfang 29342,07 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Morgen"	
KPD Wilhelmshaven	400,—
H., Coburg	20,—
P. K., München	1000,—
U. F., Gelsenkirchen	24,—
insgesamt	1444,—

Damit sind seit Jahresanfang 5819,95 DM Spenden für den RM bei uns eingegangen.

Spenden für die britischen Bergarbeiter	
KPD Moabit, Westberlin	100,—
A. u. R. E., Recklinghausen	100,—
A. K., Stuttgart	265,—
KPD Dogmoch, Ludwigshafen	120,—
S. K., Braunschweig	10,—
Thälmann-Buchhandlung, Hamburg	100,—
N. R., Bielefeld	50,—
H. Sp., Marburg	20,—
V., Hildesheim	79,10
Krupp-Zelle, Bochum	200,—
J. R., Köln	50,—
insgesamt	1094,10

Damit haben wir für die britischen Bergarbeiter bislang 5902,10 DM gesammelt.

Nachtrag
Bei den letzten Veröffentlichungen haben wir eine Spende übersehen:
N.R., Bielefeld, hat 500,— DM für die KPD gespendet.

Allen Genossinnen und Genossen herzlichen Dank.

Klöckner/Bremen

„...wertvolle Wirkung auf die Jugend"

Gedenktafel für KZ-Opfer errichtet

Am Freitag letzter Woche wurde bei den Hochöfen der Bremer Klöckner-Hütte eine Gedenktafel für die Opfer des Konzentrationslagers Riespott eingeweiht, das sich 1944/45 dort befunden hat. Zur Einweihung war eine große Gruppe ehemaliger Häftlinge aus Frankreich gekommen, sowie Menschen, deren Verwandte im Riespott oder anderen Bremer Konzentrationslagern ermordet worden waren.

Die Gedenktafel entstand auf Initiative einiger Arbeiter von Klöckner, die vor über zwei Jahren begonnen haben, die Geschichte ihres Werks in der NS-Zeit zu untersuchen. Die damalige „Norddeutsche Hütte" gehörte zu Krupp und beschäftigte zu Kriegszeiten überwiegend Zwangsarbeiter, die in Baracken auf dem Werksgelände gehalten wurden, sowie auch Häftlinge aus dem angrenzenden KZ Riespott. Dort hielt die SS französische Widerstandskämpfer und Sowjetbürger gefangen — zusammen rund 1000 Menschen — um sie durch Arbeit zu vernichten. Arbeit hieß für sie: Aufräumen nach Bombenangriffen in Bremen, Bau des U-Boot-Bunkers „Hornisse" bei AG Weser und Zerkleinern rotglühender Hochofen-Schlacke in der Schlackengrube der Norddeutschen Hütte.

Für die Gruppe von Klöckner-Kollegen, die mit einer Ausstellung und einer Broschüre an die Öffentlichkeit gegangen sind, ist das Aufstellen der Gedenktafel ein Höhepunkt und Erfolg ihrer Arbeit. Unzählige Male haben sie bisher die Frage beantworten müssen, warum sie sich mit den alten Geschichten abgeben; bei der Gedenkfeier beantwortete der ehemalige Häftling Pierre Brunet in seiner Rede diese Frage. Er berichtete aus seiner Zeit im Lager:

„Dank eines guten Rundblicks entdeckten wir schließlich am linken Ufer der Weser mitten in einer vermuteten Arbeitersiedlung, deren alle ähnlich aussehende Häuser ein Dach aus roten Ziegeln hatten, zwei Häuser mit Reetdächern. Mit Sehnsucht betrachteten wir diese beiden Reetdächer, die für uns ein Symbol der Freiheit waren.

Als ich mit anderen Kameraden nach dem Krieg hierher zurückgekehrt bin, entdeckten wir diese Häuser wieder und dann tauchten Erinnerungen auf: der auf den Fluß senkrecht stoßende Weg, an dem die Garage stand, in der nur wenig untergebracht war: ein kleiner Sanitätswagen und der Lieferwagen, welcher aus einem Lager das Essen für die SS und für uns holte. Die uns zugeteilte Kalorienanzahl, gemeinsam mit den Schlägen verursachte durchschnittlich nach neun Monaten den Tod der Häftlinge.

Wir konnten uns auch daran erinnern, daß die „Muselmänner" des Kommandos denselben Weg gingen, um in einen aus Viehwaggons, aber auch aus Güterwaggons, die normalerweise für den Kohle- oder Eisenerztransport bestimmt waren, zusammengestellten Zug einzusteigen.



Einweihung der Gedenktafel bei Klöckner in Bremen

Entlang der Weser ist heute aber der Weg nicht mehr zu sehen, den wir gingen, entweder um den Landungspunkt dieses von uns „die Pinasse" genannten Schiffes zu erreichen, das uns durch eine Schleuse hindurch zur Baustelle des Bunkers „Hornisse" führte, oder um die nächstgelegene Arbeitsstelle zu erreichen, dem Ausflußort der glühenden Schlacke aus den Hochöfen des Stahlwerkes Norddeutsche Hütte. Die Zerkleinerung der noch glühenden Schlacke mußte schnell erledigt werden, sonst hätte sie sich zu einer kompakten Masse verhärtet, was den Produktionsablauf hätte stoppen können. Man muß sich die Qual der Häftlinge vorstellen, die mit einem durch einen Riemen, oft nur durch ein einfaches Stück Stoff an den Fuß gebundenes Brett beschuht waren. Sehr wenige Kameraden haben es bis zum endgültigen Zusammenbruch des III Reiches aushalten können. Oft mußte ein Verunglückter durch einen anderen Kameraden ersetzt werden, der aus dem Arbeitskommando für „die Pinasse" abkommandiert wurde.

Trotz der Härte dieser Arbeit kam es oft vor, daß ein Häftling sich für die Arbeit freiwillig meldete. Das, was den einen oder den anderen locken konnte, war die Suppe, von der es hieß, daß sie reichlich, dick und sogar fast lecker war, im Vergleich zu der klaren Brühe, welche man vom Auftragnehmer der Kriegsmarine bekam. Aber nach einem Arbeitstag an der „Grube" — wie wir es nannten — versuchten die meisten beim Appell alles, um nicht in das Kommando Müller zu kommen. Müller war der Name des Vorarbeiters in der Schlackengrube, der einen bayerischen Ursprung vorgab, obwohl er ein Franzose aus der Normandie war."

Pierre Brunet berichtet, daß ehemalige Häftlinge und die antifaschistischen Kollegen von Klöckner vor einem halben Jahr den Standort der Gedenktafel gemeinsam festlegten. Über den schließlich ausgewählten Standort sagt er:

„Das Personal, das heute an dem Ort arbeitet, wo damals unsere Baracken standen, wird morgens beim Anziehen des Blaumanns und abends beim Wiederanlegen der Zivilkleidung den Giebel mit der Gedenktafel gegenüber dem Umkleideraum vor Augen haben, so wie jeder Besucher auch.

Es erfreut uns der Gedanke, daß dieses Kunstwerk eine wertvolle Wirkung auf die Jugend haben wird, die in den kommenden Jahren in den verschiedenen Arbeitsgruppen nachrücken wird."

Roma vertrieben — Nazis reingelassen!

Bundeskongreß der Jungnazis in Darmstadt

Am Samstag, dem 13.10.84 hielten die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, in Darmstadt ihren Bundeskongreß ab. Zum Auftakt hatten sie zu einer Demonstration durch Bensheim aufgerufen. Der DGB und eine Reihe anderer Organisationen hatten sofort nach Bekanntwerden der Neonazi-Pläne kurzfristig in beiden Orten zu Gegenaktionen aufgerufen.

Am Samstag vormittag zogen ca. 80 Neonazis, geschützt von einem Polizeispalier, durch die Innenstadt von Bensheim. Etwa doppelt so viele antifaschistische Demonstranten folgten ihnen und konnten durch Sprechchöre und Parolenrufen immerhin verhindern, daß die Nazi-Hetzreden bei der Abschlußkundgebung von den Passanten verstanden wurden.

Am Nachmittag fanden sich vor dem Lokal in Darmstadt, in dem die Nazis ihren Bundeskongreß hatten, ca. 400 Antifaschisten zu einer Protestkundgebung ein. Angesichts des kurzfristigen Mobilisierens eine recht erfreuliche Beteiligung.

Die Nazis wollten ihren Versammlungsort eigentlich geheimhalten, findige Antifaschisten haben ihn dann aber doch herausgefunden.

Auf Transparenten und Schildern wurde u.a. „Verbot aller Nazi-Organisationen", „Nazis raus" und „Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg" gefordert. Im Brennpunkt der Kritik standen auch die Verantwortlichen der Stadt, insbesondere der Oberbürgermeister Günter Metzger: Mit ungeheurer Schärfe hatte er in letzter Zeit mehrere Roma-Familien aus Darmstadt vertrieben und während der vorübergehenden Abwesenheit der Bewohner ihre Häuser einfach abreißen lassen — damit sie nur ja nicht wiederkommen. Falls doch, hat er ihnen die sofortige Ausweisung angedroht. Die Familien leben zur Zeit notdürftig in Zelten in Italien. De Empörung über dieses menschenverachtenden Vorgehen des Oberbürgermeisters war und ist groß in Darmstadt und lebte jetzt erst recht wieder auf, als G. Metzger erklärte, er hätte keine Möglichkeit, die Versammlung der Jungnazis in Darmstadt zu verhindern.

Ein Antifaschist protestierte daher mit einem Schild: „Roma-Familien schmeißt er raus, weil sie angeblich eine Bedrohung darstellen — Nazis läßt er rein, der Günter Metzger!"

Bei der Kundgebung in Darmstadt verurteilte der DGB-Kreisvorsitzende Alois Peressin, daß die Stadt dieses Nazi-Treffen nicht verboten hat und forderte Politiker und Privatleute auf, keine Räume mehr an Nazis zu vermieten. Ein Sprecher der VVN warnte davor, lediglich die relativ kleine Gruppe der NPD oder anderer Nazi-Organisationen zu sehen. „Unsere wirkliche Anklage muß sich gegen diejenigen richten, die den Nazis den Boden bereiten, indem sie z.B. die Friedensbewegung kriminalisieren, Ausländer ausweisen etc. — Dies sind Kräfte, welche die Nazis brauchen, damit diese ihnen die Arbeit abnehmen und bei kommenden sozialen Unruhen gegen uns vorgehen werden." Auch andere Redner betonten, daß ein eventueller künftiger Faschismus nicht unbedingt das gleiche Erscheinungsbild wie die Nazi-Aufmärsche 1933 haben muß.

Zum Abschluß der Kundgebung wurden gemeinsam verschiedene Lieder und die Internationale gesungen.

Hamburg
NPD-Parteitag abgebrochen

An einem geheim gehaltenen Ort wollte die NPD in Hamburg ihren Landesparteitag durchführen. Aber daraus wurde nichts. Bereits am frühen Morgen protestierten Antifaschisten dagegen. Mittags fand dann eine antifaschistische Gegendemonstration statt. Das reichte dann dem Wirt, in dessen Kneipe die NPD-Versammlung stattfand, offenbar. Er ließ die Versammlung abbrechen.

Protest gegen Treffen der Waffen-SS

Rund 1000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen das Treffen der 4. SS-Polizeipanzergrenadier-Division in Marktheidenfeld in Franken. Demonstranten trugen schwarze Kreuze mit den Namen griechischer Ortschaften, die 1944 von dieser SS-Division dem Erdboden gleichgemacht wurden. Tausende, vor allem Frauen und Kinder wurden damals bestialisch ermordet. Die Stadt hatte das Treffen genehmigt, weil die zuständigen Herren fanden, daß es eine „rein private" Zusammenkunft sei.

Friedensherbst '84

Aktivitäten am 20.10.

Hamburg



Auftaktaktionen in den Stadtteilen um 10.00 Uhr, anschließend Demonstrationen zum Rathausmarkt, ab 13.00 Uhr Kundgebung und Informationsbörse auf dem Rathausmarkt.

Duisburg-Hasselbach

Von Hasselbach in Hessen bis nach Duisburg im Revier soll die Menschenkette am 20.10. reichen. Warum gerade Hasselbach und Duisburg? Hasselbach deshalb, weil dort spätestens 1986 mindestens 96 Cruise Missiles stationiert sein sollen. Duisburg deshalb, weil die Bevölkerung dieser Stadt besonders betroffen ist von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau, Friedens- und Gewerkschaftsbewegung gemeinsam gegen die Bonner Rüstungs- und Sozialabbaupolitik — dafür steht diese Menschenkette.

Am 16. Oktober im Bundeskabinett:

WAS WÖRNER ALLES KAUFEN WILL

2000 Leopard 3	15-18 Mrd. DM
250 "Jäger 90" (Kampfflugzeug)	25-30 Mrd. DM
6 "Fregatte 90" (Kriegsschiff)	7 Mrd. DM
200 Hubschrauber PAH II	8-10 Mrd. DM
1500 Schützenkampfwagen	18-22 Mrd. DM

Das "NATO-Infrastrukturprogramm" soll von 180 Mill. (1980) über 650 Mill. (1984) auf 2-3 Mrd. DM (1990) steigen.

Das sind die wichtigsten Bestandteile von Wörners neustem Bundeswehrbeschaffungsprogramm für die nächsten 10-15 Jahre. Da sollen "Sachzwänge" geschaffen werden, die alles zusammengerechnet zu heutigen Preisen 240 Mrd. DM, bei der "normalen" Inflation in der Rüstungsproduktion (250-400%) bis 1994 sogar 600 Mrd. - 1 BILLION DM kosten werden.

Ergebnis wäre (ohne unseren Widerstand):

- technologische Anpassung an offensive Kriegsführungsstrategien, mit denen die Bundeswehr doch angeblich nichts zu tun haben soll
- die letzten Reste des Sozialstaats wären beseitigt, weil nicht mehr finanzierbar.

61 Auftaktkundgebungen sind entlang der Strecke geplant. Beginn 11.00 Uhr, schließen der Menschenkette um 12.00 Uhr, 13.00 Uhr Abfahrt zur Schlußkundgebung nach Bonn, 17.00 Uhr Beginn der Abschlußkundgebung in Bonn.

Friedenssternaktion in Stuttgart

An über 70 Punkten entlang des geplanten Friedenssterns um Stuttgart sollen am 20.10. Auftaktkundgebungen stattfinden. Hier eine kleine Auswahl:

Mannheim (Giftgaslagerung im Käfertaler Wald). Sternmarsch von 10 Stadtteilen zum Paradeplatz. 10.30 Uhr kurze Kundgebung. Anschließend Marsch zum Rathaus, wo dem Gemeinderat 49 Giftfässer übergeben werden sollen.

Heilbronn: (Pershing-II-Stationierungsgelände auf der Waldheide). 9.00 Uhr Aktionen am Zaun, 10.30 Uhr Errichtung eines Friedensmahnmals in der Innenstadt.

Schwäbisch Gmünd: (Pershing-Stationierung in Mutlangen). Umzingelung der Bismarck-Kaserne, in der die Pershing-II-Einheiten untergebracht sind.

EUCOM Stuttgart: (Kommandozentrale der US-amerikanischen Truppen in Europa). Umzingelung bzw. „Die-in" vor dem EUCOM. Ab 14.00 Uhr sind dann in Stuttgart die verschiedenartigsten Aktionen geplant, anschließend Bildung des Friedenssterns. Ab 16.00 Uhr Friedensfest auf dem Stuttgarter Schloßplatz.

„Camp David"

Im folgenden geben wir eine Aufzeichnung aus dem neuen Buch Enver Hoxhas als Leseprobe wieder, die sich mit dem Abkommen von Camp David befaßt. Sie datiert vom 22. September 1978 und wird unter dem Titel „Drei Politiker und die Probleme des mittleren Ostens" veröffentlicht.

Freitag, 22. September 1978

Am 18. September gab die Nachrichtenagentur Associated Press aus Washington den Wortlaut der Abkommen bekannt, die auf dem Treffen zwischen Jimmy Carter, Anwar as Sadat und Menachim Begin in Camp David über das Problem des Mittleren Ostens zustandekamen, das ein äußerst wichtiges Problem für die arabischen Völker ist und gleichzeitig auch den amerikanischen Imperialismus stark interessiert.

Der amerikanische Imperialismus hat sich im Mittleren Osten festgekrallt und betreibt dort eine die arabischen Völker spaltende Politik. Die arabischen Völker finden auch in diesen derart schwierigen Momenten für die gesamte arabische Gemeinschaft nach wie vor keine gemeinsame Sprache... Die Weltreaktion unternimmt alle Anstrengungen, damit diese Region gespalten bleibt und die verschiedenen arabischen Staaten dauernd in Widersprüchen miteinander leben. Die Weltreaktion ist also damit bestrebt, diese Völker im Interesse der dort herrschenden Dynastien unterjocht zu halten, sie in Elend, ja sogar in einer mittelalterlichen Knechtschaft zu halten und sie zu nötigen, ihren großen Schatz, das Erdöl, zu verkaufen, damit die Weltreaktion daraus ihre märchenhaften Gewinne sichern kann.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die sozusagen der wichtigste Gendarm und der Oberherr dieses Beckens sind, verfolgen in dieser Situation ständig die Teile-und-Herrsche-Politik. Sie stellen einen Staat gegen den anderen, sie gruppieren einige Staaten gegen einige anderen Staaten, sie schüren lokale Kriege zwischen Israel und Ägypten, zwischen Israel und Syrien, zwischen Syrien und den libanesischen Marionetten, zwischen den Irakern und den Syrern, zwischen Saudi-Arabien und Nordjemen gegen den Südjemen, sie verursachen Streitigkeiten am Persischen Gold und zimmern weitere solcher teuflischen Komplotte.

Besonders Israels hat sich der amerikanische Imperialismus als eines wahrhaften Gendarmens in seinem Dienste bedient. Dieser Gendarm hat sogar blutige Kriege gegen Ägypten, Syrien, den Libanon, Jordanien usw. vom Zaune gebrochen. Israel wird von seiten des amerikanischen Imperialismus machtvoll mit den modernsten Waffen unterstützt; man spricht sogar davon, er habe ihm auch die Atombombe gegeben. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Israel auch in logistischer Hinsicht geholfen, aufgrund des dominierenden Anteils, den die reaktionären zionistischen Finanzkreise an der internationalen kapitalistischen-imperialistischen Wirtschaft besitzen. Der amerikanische Imperialismus hat also aus Israel das passendste Werkzeug gemacht. In jenen Augenblicken, da sich die Vereinigten Staaten von Amerika mit den arabischen Ländern wegen des Erdöls und den Fragen seiner Lieferung und seines Preises in die Haare geraten, schaffen sie vermittels ihres Werkzeugs Israel blutige Zwischenfälle, die auch Kriege nach sich gezogen haben. Diese Kriege haben Israel die Möglichkeit gegeben, ägyptische, syrische und jordanische Territorien zu besetzen, wie: den Sinai, das Westjordanland, die Golanhöhen und den Gazastreifen und, wenn man es nicht zwingt, wird es sich von dort nicht wegrühren.

Trotz den unzähligen Resolutionen, die in der Organisation der Vereinten Nationen gegen die Akte Israels verabschiedet wurden, und obwohl die Staaten der Welt energisch gegen Israel protestiert haben, hat es seine aggressive Tätigkeit nicht eingestellt. Nicht nur, daß Israel arabische Gebiete besetzt hat, vielmehr hat es auch auf diesen Territorien jüdische Siedlungen gegründet, indem es jüdische Emigranten aus Polen, Rumänien und vor allem aus der Sowjetunion und aus anderen Ländern Europas aufnahm.



Mehr als alle anderen arabischen Völker hat das heldenhafte palästinensische Volk zu leiden, das seit Jahrzehnten schon den größten Entbehrungen, die die Menschheit je gesehen hat, ausgesetzt ist. Das palästinensische Volk ist gezwungen, ein Flüchtlingsleben zu führen; es ist in Hütten und Wüstenzelten untergebracht, da es sein Vaterland verloren hat, das die Israelis besetzt haben und nicht mehr freigeben. Deshalb hat sich das palästinensische Volk zu einem unbarmherzigen und bisland kompromißlosen Kampf erhoben. Abgesehen davon, daß es innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung Gruppen verschiedener Ansichten gibt, wünschen im allgemeinen alle die Befreiung ihres Landes von den israelischen Zionisten.

Wo findet man nicht überall das palästinensische Volk, das in allen arabischen Ländern zerstreut ist: im Libanon, wo es sich in Dörfern eingerichtet hat, die zugleich militärische Zentren sind; in Ägypten, wo es als Flüchtling und Kämpfer gelebt hat; in Syrien, wo man ihm einmal zu kämpfen erlaubt und ein anderes Mal nicht; es lebt nach wie vor auch in Jordanien, wo man es brutal unterdrückt hat; ferner im Irak, in Saudi-Arabien, im Jemen, in den Emiraten am Persischen Golf, ja sogar in Frankreich usw. Das palästinensische Volk ist ein tapferes und kämpferisches Volk, das seinen Widerstand keinen einzigen Tag lang eingestellt hat...

In dieser schwierigen und gewissermaßen friedlichen Situation, die die Vereinigten Staaten von Amerika zwischen Ägypten und Israel herbeiführten, versammelten sich nun also, nach zahlreichen Diskussionen, Manövern, Ränken und Schlichen, alle drei in Camp David, um angeblich die Lage im Mittleren Osten zu regeln. Sie steckten dreizehn Tage lang die Köpfe zusammen. Jimmy Carter wurde sogar der aktivste Partner dieser Verhandlungen, das heißt, sie wurden nicht mehr zwischen Sadat und Begin, sondern zwischen Carter, Sadat und Begin geführt. Carter wurde also der dritte Partner dieser Verhandlungen zur vorgeblichen Herstellung des Friedens im Mittleren Osten. Aus dieser ganzen „Arbeit" aber wurde das, was im Volksmunde heißt: „Der Berg kreiste und gebar eine Maus!" Diese Maus stellt das dar, was das palästinensische Volk und die arabischen Völker überhaupt „gewannen" oder nicht gewannen. Dem Kommuniqué zufolge gelang es dem amerikanischen Imperialismus zwischen Israels Begin und Ägyptens Sadat eine gewisse Aussöhnung „zustandezubringen", in Hinsicht auf einen zeitweiligen Frieden, auf eine zeitweilige Regelung ihre Frage des Westjordanlands, des Gazastreifens und der Negev-Wüste.

In Wirklichkeit aber wurde nichts konkretes erreicht. Wir können sagen, daß lediglich festgelegt wurde, man solle innerhalb einer fünfjährigen Zeitspanne derart verfahren, daß sich Israel aus dem Westjordanland und aus dem Gazastreifen teilweise zurückzieht, damit dort angeblich der autonome Staat der Palästinenser dieser Gebiete errichtet werde. Die palästinensische autonome Verwaltung würde freilich von den Vereinigten Staaten von Amerika „garantiert" werden und stets und indirekt unter der Herrschaft bzw. der Aufsicht Israels, Ägyptens und Jordaniens stehen.

Man hat ebenfalls dafür gesorgt, daß Ägypten eine geringe Genugtuung erhält. So hat man sich z.B. über einen teilweisen Rückzug Israels auf der Sinaihalbinsel verständigt. All das ist jedoch ein teuflisches Manöver des amerikanischen Imperialismus und seiner Agenten. Für den amerikanischen Imperialismus bedeutet das sozusagen einen zeitweiligen Sieg, da, wie ich bereits weiter oben erwähnte, festgelegt wurde, daß innerhalb von fünf Jahren angeblich dahin gearbeitet werden soll, um im Westjordanland und dem Gazastreifen zu einem „selbstverwalteten" Staat zu gelangen. Dieser sogenannte selbstverwaltete Staat soll während dieser Zeitdauer eine gewisse eigene Polizeimacht besitzen, ständig aber werden auf diesen Territorien auch die israelischen Militär- und Polizeitruppen wie auch jordanische Truppen anwesend sein, um die Grenzen zu überwachen. Also werden die Palästinenser wiederum wie bestellt und nicht abgeholt dastehen. Und falls ein solcher Status quo, wie er in Camp David beschlossen wurde, erreicht wird, dann könnte ein Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel unterzeichnet werden. Das Ziel, das man dabei vor allem verfolgt, ist, daß der amerikanische Imperialismus während dieser 5jährigen Zeitspanne die arabische „Kuh" gründlich melken kann, daß das Erdöl mit Leichtigkeit in die amerikanischen Tanker und Pipelines fließt und daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine Intrigen-Kampagne in sämtlichen arabischen Staaten in Agriff nehmen können, um die Beschlüsse von Camp David zu akzeptieren und zu einem gemeinsamen Resultat in bezug auf einen angeblich allgemeinen Frieden zu gelangen. Das palästinensische Volk aber will mit Recht nichts von diesen schmutzigen Geschäften von Sadat, Begin und Carter wissen, da es in Wirklichkeit nichts dabei gewinnt. Sein Vaterland ist weiterhin besetzt, und deshalb wird es mit vollem Recht bis zuletzt für die Befreiung seines Heimatbodens und für die Errichtung einer wahrhaften Regierung des palästinensischen Volkes kämpfen, und zwar ohne die Einmischung und die Vormundschaft seiner ewigen Feinde.

Erstaunlich ist jedoch, daß im Kommuniqué unverschämterweise behauptet wird, an dem zustandegebrachten Abkommen sei auch Jordanien beteiligt, wobei aber Jordanien überhaupt nicht in Camp David vertreten war. Die jordanische Regierung und König Hussein, obwohl man sehr gut weiß, was sie wert sind, haben erklärt, sie seien überhaupt nicht an den Beschlüssen von Camp David gebunden.

Das Abkommen von Camp David wurde von Syrien nicht akzeptiert, das Sadat als Verräter der arabischen Nation abstempelt, und ebenfalls nicht von Algerien, Marokko, Libyen und allen übrigen arabischen Ländern; dagegen äußerte sich sogar auch der König Saudi-Arabiens. Dieser ganze Kuhhandel wurde also nur zwischen drei Personen abgewickelt.

Um die Widerspenstigen zu überzeugen, werden die Vereinigten Staaten von Amerika in den nächsten fünf Jahren gewiß weitere unzählige Ränke spinnen, und sie haben in der Tat damit schon begonnen. Gleich nach der Veröffentlichung des Kommuniqués begab sich US-Staatssekretär Cyrus Vance in den Mittleren Osten, um mit König Saud, König Hussein, mit Assad u.a. zu verhandeln; er wird sie zu überzeugen versuchen, sie unter Druck stellen oder sie in „Raten" bezahlen, damit sie jene zeitweilige Lösung akzeptieren, die Jimmy Carter dieser Frage gegeben hat. Und so wird es weiter gehen.

Mittlerweile veröffentlichte China in seiner Presse eine Mitteilung über das Camp-David-Abkommen. Bislang hat China noch keine offene Stellung bezogen, es versteht sich aber, daß es auf der Seite des amerikanischen Imperialismus und Sadats steht. Später wird China mit Sicherheit diese Unterstützung offener kundtun, da es für den aktuellen Status quo im Mittleren Osten kämpft, das heißt, daß dort der amerikanische Imperialismus herrschen soll, und nicht nur dort, sondern auch überall auf der Welt, ja sogar in der Nähe Chinas, in Japan, in Korea, auf Taiwan und anderswo, und daß China von seinen Almosen und Krediten profitiert, um eine Supermacht zu werden. Und diese ganze Politik wird angeblich dafür betrieben, um den sowjetischen Sozialimperialismus zu bekämpfen.

Freilich zieht auch der sowjetische Sozialimperialismus aus dieser Situation seine Vorteile und stellt sich automatisch auf die Seite der anderen scheinbar starken Regime, die sich gegen das Sadat-Begin-Abkommen äußern...

Palästinenser in israelischen Gefängnissen

Erfolgreicher Hungerstreik

Zum ersten Mal hat jetzt ein Hungerstreik palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen mit offensichtlichen Zugeständnissen der israelischen Behörden geendet. Der zweiwöchige Hungerstreik der 700 Gefangenen im Janud-Gefängnis in Nablus richtete sich gegen die völlige Überbelastung des Gefängnisses, fortgesetzte Mißhandlungen durch das Wachpersonal und unhaltbare hygienische Zustände. 50 Mütter und Ehefrauen der Gefangenen hatten den Streik durch die Besetzung des Büros des Roten Kreuzes in Jerusalem und einen Solidaritätshungerstreik unterstützt. Nach bisher unbestätigten Informationen hatte der Streik auch auf andere Gefängnisse übergegriffen.

Der neue Polizeiminister Chaim Bar-Lev hatte die Überbelegung des Gefängnisses nach einem Besuch als „unerträglich" bezeichnet und die Berechtigung eines Teils der Forderungen nicht abstreiten wollen.

Den Gefangenen werden zukünftig Radiogeräte zur Verfügung stehen, die Besuchsbedingungen werden erleichtert und der Einsatz von Tränengas in den Zellen wird überprüft. Mit diesem Mittel waren im Juli und August zwei Hungerstreiks gebrochen worden.

Anfang Oktober gab das Exekutivkomitee der PLO eine Erklärung zu den jetzt erfolgreichen Hungerstreiks ab, in der es unter anderem heißt: *„Das Exekutivkomitee der PLO verfolgt mit großer Anteilnahme die Entwicklungen des Aufstands, der von unseren Revolutionären im Gefangenenlager von Janud in Nablus am 23. September begonnen wurde. Der Aufstand hat auf fast alle Gefangenenlager und Gefängnisse übergegriffen, in denen der zionistische Feind tausende unserer Kämpfer gefangen hält. (...) Der Generalstreik unserer inhaftierten Kämpfer wurde begleitet von Streiks und Sitzstreiks ihrer Familien in den Büros des Internationalen Roten Kreuzes und des palästinensischen Roten Halbmonds in Jerusalem, durch Massendemonstrationen, Solidaritätskundgebungen, Memoranden und Pressekonferenzen, durch die sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck brachten und der Welt ihren ständigen Kampf gegen die Terrormethoden der Polizei im Kampf um ihre legitimen Rechte auf Leben, Freiheit und nationale Unabhängigkeit vor Augen führten. (...) Die PLO bringt ihren Stolz und ihre Ehre zum Ausdruck dafür, daß die Gefangenen ihre Ketten in Waffen verwandelt haben, um damit ihren verbrecherischen Henkern entgegenzutreten."*





Kundgebung gegen das neue „Sicherheitsgesetz" am 28. September auf einem Platz in Lissabon — in diesem Kampf spielt auch die Forderung nach Freiheit für die politischen Gefangenen eine entscheidende Rolle

Repression in Portugal

Seit dem 19. Juni sitzen 48 Linke in Portugal unter extremen Bedingungen im Gefängnis. Den 47 Zivilisten und dem Militär Otelo Carvalho, einem der Organisatoren des Sturzes der Diktatur in Portugal werden „terroristische Aktivitäten" vorgeworfen.

Der Angriff der Staatsgewalt in Portugal gilt der bislang völlig legalen Organisation „FUP" (Volkseinheitskräfte) der praktisch Identität mit der Organisation „FP-25" unterstellt wird. Der „FP-25" (Volkskräfte 25, nach dem 25. April, dem Revolutionsdatum benannt, RM) werden Bombenattentate und Morde vorgeworfen.

Mitte Oktober steht ein Haftprüfungstermin an, zielgerichtet auf dieses Datum läuft in den Massenmedien eine Hetzkampagne, die darauf gerichtet ist, eine Freilassung der Verhafteten zu verhindern. Neben den Verhafteten wird von einem „terroristischen Umfeld von 200 bis 300 Personen" berichtet, von zwei Gefangenen, die gestanden haben sollen und demnächst in einem Prozeß auspacken würden. Ein Prozeßtermin ist für den nächsten März oder April angekündigt, bis dahin sollen die Gefangenen mürbe gemacht werden.

Dagegen wehren sie sich mit einem Hungerstreik. Seit dem 11. September nehmen sie nur noch Wasser und Brot zu sich, sie haben durchschnittlich schon 15 Kilo Gewicht verloren und leiden teilweise unter schweren Seh- und Gleichgewichtsstörungen. Die Untersuchungshäftlinge werden derart von der Außenwelt abgeschirmt, daß ihre Lebensbedingungen, vor allem aber ihre Verteidigungsmöglichkeiten extrem eingeschränkt wurden, oder sogar unmöglich gemacht wurden.

Einige Gefangenen wurden mit Gewalt die Haare geschoren, Anstaltskleidung wurde ihnen aufgezwungen, sie leben in einer Art Strafalager, in Vale dos Judeus (Jugendtal, RM) wo nicht einmal die Bedingungen, die in Portugal für Schwerkriminelle gelten, eingehalten werden.

Bis zum geplanten Prozeß gegen die gefangenen Linken im nächsten Jahr kann man nicht warten: die Forderung lautet: Freiheit für die politischen Gefangenen — jetzt.

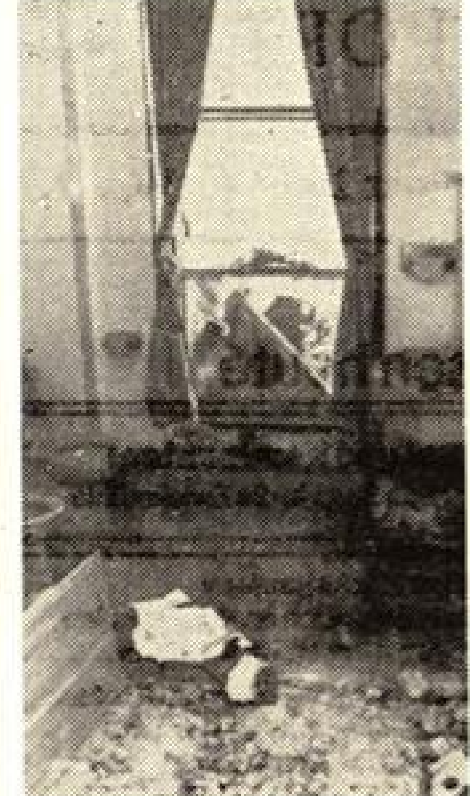
IRA zum Anschlag auf Margaret Thatcher

„Die Regierung braucht immer Glück, wir nur einmal"

Nach dem knapp danebengegangenen Bombenanschlag auf die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat die Irisch-Republikanische Armee IRA die Verantwortung für das Attentat übernommen. In mehreren Interviews äußerten sich in den Tagen nach dem Anschlag von Brighton Sprecher der Sinn Fein, des politischen Flügels der nordirischen Befreiungsbewegung zu dem Ereignis.

Der Vorsitzende der Sinn Fein, Gary Adams, erklärte in Dublin, der Anschlag sei das *„unausweichliche Ergebnis"* der britischen Besetzung der nordirischen Provinz. Der Sprecher der Sinn Fein, Danny Morrison, sagte in einem Interview mit dem Londoner „Observer", wenn das Thatcher-Kabinett bei dem Anschlag ums Leben gekommen wäre, hätte dies einen Prozeß des Überdenkens in britischen politischen Kreisen bewirkt, der zu einem rascheren Rückzug geführt hätte.

Danny Morrison weiter auf die Frage, ob Massenmord ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein dürfe: *„Die moralische Frage ist irrelevant. Was die britische Regierung und das britische Volk sich klarmachen müssen, ist, daß ihre Handlungen zu derartigen Aktionen führen. Was die IRA getan hat, ist gering im Vergleich zu dem was die britische Regierung getan hat. Frau Thatcher hatte keine Schwierigkeiten, den Angriff auf eine Kundgebung der Sinn Fein in Belfast am 12.8. anzuordnen (der RM berichtete), bei dem leicht mehr als ein Mensch hätte getötet werden können."* Auf die Frage, ob der Anschlag nicht wahllos Schaden anrichten konnte, sagte Morrison, er glaube, die IRA habe die Bombe in der Nacht gezündet, weil *„alle am Schlafen waren und weil die dort Beschäftigten, wie etwa die Zimmermädchen, dann nicht im Gebäude gewesen wären."* In allen Stellungnahmen wurde deutlich, daß nur ein Abzug der britischen Truppen solche Anschläge in Zukunft verhindern könnte. Die IRA hatte in ihrer



Trümmer in Brighton

Erklärung geschrieben: *„Die Regierung muß wissen, daß sie immer Glück haben muß, wir dagegen nur einmal."*

Die offene Unterstützung der politischen Kräfte des nordirischen Widerstands für diese Aktion der IRA widerlegt auch Behauptungen, wie sie jetzt die DKP-Zeitung „UZ" verbreitet. Auf Grund der Tatsache, daß vom CIA, von britischen Geheimdiensten und Polizei- und Armeeorganisationen Warnungen vor einem Attentat ausgesprochen wurden, konstruiert die „UZ" Vermutung, Maggie Thatcher habe den Anschlag billigend in Kauf genommen, um über einen neuen „Falkland-Effekt" ihren Sessel zu retten. Ein derart hohes Maß und risikoreiche Selbstaufopferung ist der britischen Premierministerin nun wirklich nicht zuzutrauen.

Die Reaktion der Bourgeoisie auf diesen knapp gescheiterten Anschlag gibt eher die Boulevard-Zeitung „Sun" wutschnaubend wieder: *„Die IRA-Leute"*, schreibt die Zeitung, *„müssen gnadenlos gejagt und wie Ratten ausgerottet werden."* Und weiter fordert das Blättchen, *„daß es jetzt einen unbegrenzten Krieg geben muß, um diese Leute zu zerquetschen."* **Von den Bombenlegern fehlt bei Redaktionsschluß noch jede Spur.**



Durch ein Versehen der Redaktion haben wir das im letzten Roten Morgen auf Seite 5 besprochene Buch über Personalinformationssysteme nicht mit all seinen Daten vorgestellt. Hier die Ergänzung: Personalinformationssysteme, Auf dem Weg zum arbeitsplatzgerechten Menschen. Herausgegeben von Ulrich Klotz und Klaus Meyer-Degenhard. rororo aktuell Nr. 5255, 10,80 DM.

Frankreich

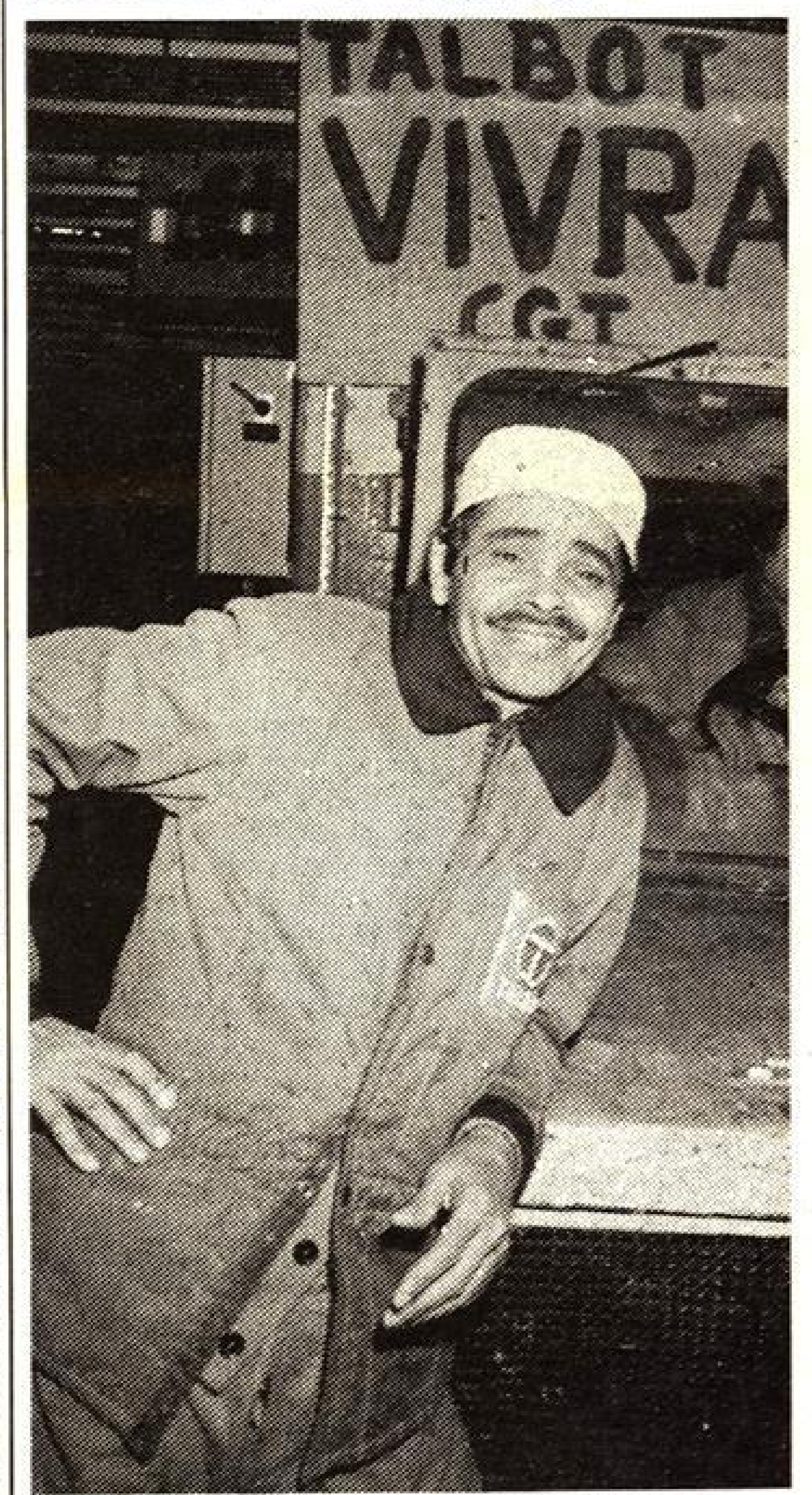
Verschärfung der Ausländerpolitik

Während der Außenminister der „sozialistischen" Regierung Frankreichs, Cheysson, eine wortradikale Rede gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit vor der UN-Vollversammlung in New York hielt, wurden in Paris neue, verschärfte Maßnahmen gegen Ausländer in Frankreich beschlossen.

Es handelt sich nach Angaben der Regierung vor allem um Maßnahmen zur „Abwehr illegaler Einwanderer". Demnach dürfen Familien von in Frankreich lebenden Ausländern nur noch nachziehen, wenn das Familienoberhaupt über genügend finanzielle Mittel verfügt. Ferner darf der Aufenthalt illegal Eingewanderter nicht mehr nachträglich legalisiert werden.

Ferner soll eine zentrale Datenkartei über Ausländer aufgebaut werden. Weiterhin sind die Fluggesellschaften angewiesen worden, darauf zu achten, ob ihre Passagiere über gültige Papiere haben. Schärfere Kontrollen sind auch für den Bereich der Saisonarbeiter angekündigt. Die Regierung hat auch einen Strafkatalog für illegale Einwanderer aufgestellt, in den Ausweisung und Wiedereinreiseverbot aufgenommen wurden. Auch die „Rückkehrförderung" soll verstärkt betrieben werden.

Diese Maßnahmen richten sich gegen einen nicht unerheblichen Teil der Arbeiterklasse in Frankreich. Mindestens 2,8 Millionen ausländische Arbeiter leben in Frankreich mit legalem Aufenthaltsstatus, die Zahl der illegal in Frankreich lebenden Ausländer ist nicht bekannt. Diese reaktionäre Offensive der Regierung Mitterands ist ein deutliches Zurückweichen vor der faschistischen Hetze des Rechtsradikalen Le Pen, der vor allem mit ausländerfeindlichen Parolen bei den Wahlen zum Europaparlament rund 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.



Ausländischer Arbeiter bei Talbot in Frankreich

Fotos aus Südafrika

Bilder der Not und Unterdrückung

Eine Fotoausstellung mit 194 Bildern von in Südafrika lebenden Fotografen ist zur Zeit als Wanderausstellung in der Bundesrepublik zu sehen. Unter dem Titel „Nichts wird uns trennen", ist zu dieser Ausstellung auch ein Bildband mit vielen Informationen und Texten südafrikanischer Dichter erschienen. (Benteli Verlag, Bern, 32,— DM)

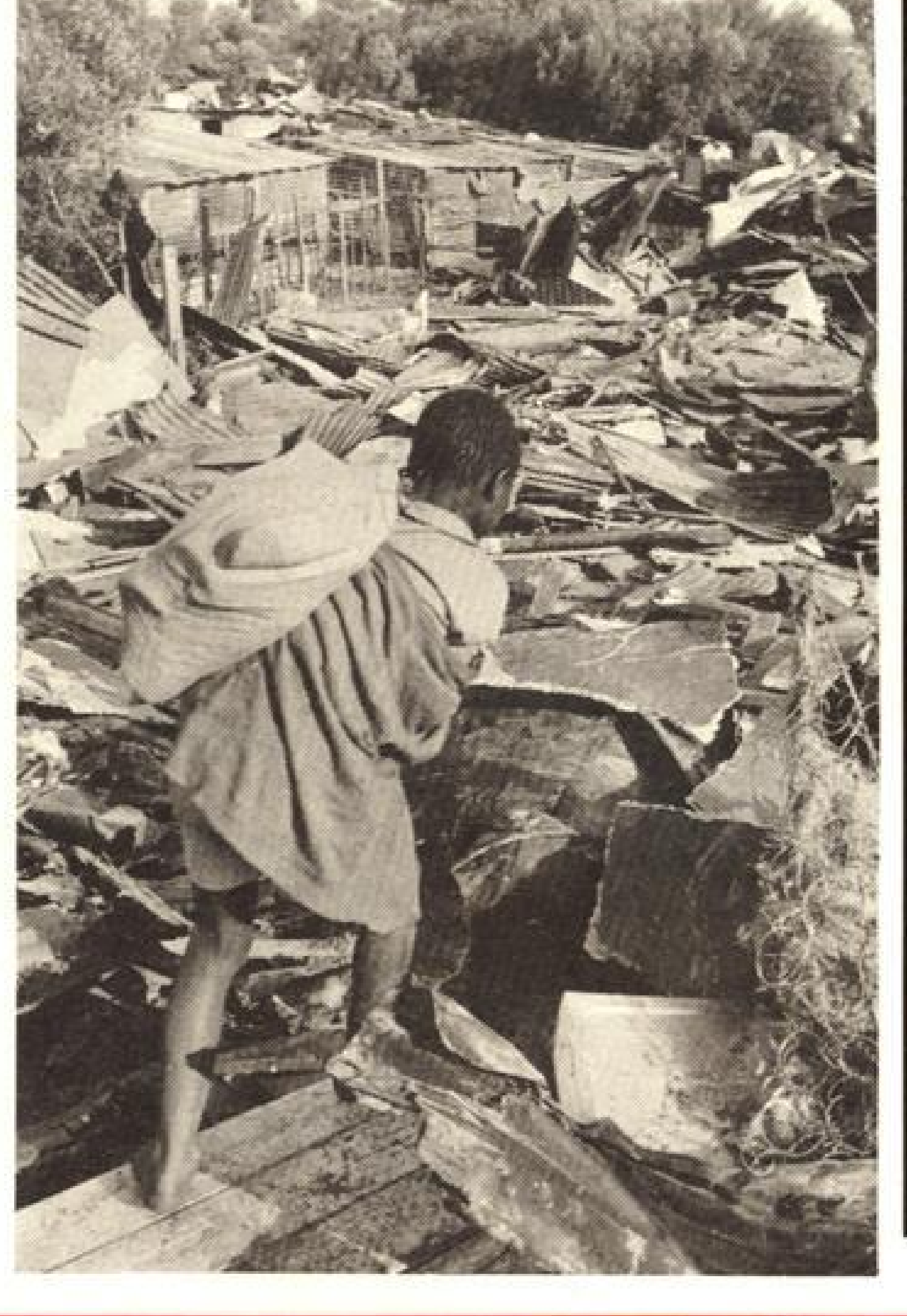
Einige Bilder, die wir unten abdrucken, geben einen Einblick in die engagierte Fotografie, die eindringlich die soziale Lage in Südafrika beschreiben. Die Armen, die Unterdrückten, aber auch die Herrschenden, die Reichen werden gezeigt. Angesichts der über 100 von Polizei und Militär in den letzten Monaten erschossenen Einwohnern, der unvermindert starken Aktivitäten westdeutscher Konzerne in Südafrika, tragen Ausstellung und Buch dazu bei, die internationale Solidarität zu verstärken.











Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin** 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.